

Kommissionsdrucksache

(Entwurf vom 23.02.2016)

Entwurf des Vorsitzenden Jörg Heydorn

Abschlussbericht der Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

- Bildung

Noch nicht enthalten:

- Arbeit
- *Bürgerschaftliches Engagement/Gesellschaftliche Teilhabe*
 - *Infrastruktur/Daseinsvorsorge*

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	3
A Zusammensetzung und Arbeitsweise der Enquete-Kommission.....	4
B Bildung im Alter	10
B.1 Begriffsbestimmungen zum Thema Bildung	11
B.2 Weiterbildungsbeteiligung	12
B.2.1 Allgemeine Weiterbildung	15
B.2.2 Weiterbildungsentwicklung an Volkshochschulen (VHS)	17
B.2.3 Betriebliche und berufliche Weiterbildung	19
B.3 Handlungsempfehlungen zu „Bildung im Alter“	24
B.3.1 Bildungsstrukturen für ein älter werdendes Mecklenburg-Vorpommern	24
B.3.2 Berufliche Weiterbildung für Ältere.....	26
B.3.3 Weiterbildung Älterer für Teilhabe und freiwilliges Engagement.....	27
C Arbeit im Alter	30
C.1 Erwerbstätige Phase	32
C.1.1 Der demografische Wandel	32
C.1.2 Arbeitsmarkt.....	34
C.1.3 Unternehmenslandschaft	36
C.1.4 Fachkräftemangel	37
C.1.5 Gesundheitsstrategien	39
C.2 Übergangsphase.....	40
C.3 Rentenalter	43
D Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe	44
E Infrastruktur und Daseinsvorsorge	44
F Ergänzungen zum Ersten und Zweiten Zwischenbericht.....	44
G Literatur- und Quellenverzeichnis	45
G.1 Von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebene Grundlagenexpertisen.....	53
H Anhang.....	55
H.1 Beratungsverlauf.....	55
H.2 Liste der Kommissionsdrucksachen.....	63
H.3 Liste ausgewählter Plenarprotokolle	68
H.4 Liste ausgewählter Landtagsdrucksachen	69
H.5 Liste ausgewählter Bundestagsdrucksachen	70

Vorwort

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ insbesondere für den Zeitraum Dezember 2015 bis Mai 2016. In dieser Zeit hat sich das Gremium aus Abgeordneten und nicht-parlamentarischen Mitgliedern in **X** Sitzungen unter anderem intensiv mit den Themenfeldern „Bildung und Arbeit“, „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ befasst. Dabei stand die Kommission vor der Aufgabe, zu jedem Themenfeld konkrete Maßnahmen für die Landespolitik vorzuschlagen. Diese Handlungsempfehlungen zu den behandelten Themenfeldern enthält der vorliegende Abschlussbericht.

Die Kommission hat anschließend an diese Bearbeitung von neuen Themenfeldern auch die Handlungsempfehlungen aus ihrer früheren Tätigkeit noch einmal anhand neuer Erkenntnisse und Entwicklungen überprüft. Bereits im Ersten und Zweiten Zwischenbericht (LT-Drucksache 6/2929 und 6/5108) sind umfangreiche Darstellungen und Handlungsempfehlungen zu den Themenfeldern „Wohnen im Alter“, „Mobilität im Alter“ sowie „Alter und Gesundheit/Pflege“ enthalten. Soweit demgegenüber aus heutiger Sicht der Kommission Ergänzungen oder Korrekturen erforderlich sind, werden auch diese in dem vorliegenden Abschlussbericht dargestellt.

Die Kommission hat am 13. Mai 2016 in ihrer **XX.** Sitzung diesem Bericht ***einvernehmlich mit den Stimmen der von den Fraktionen benannten Kommissionsmitglieder zugestimmt.*** Der Landtag und die interessierte Öffentlichkeit erhalten damit eine Bilanz der durch die Enquete-Kommission geleisteten Arbeit, die durch die öffentlichen Sitzungen und die Einbeziehung zahlreicher Sachverständiger und Betroffener ausgesprochen transparent gestaltet wurde.

Es ist jetzt Aufgabe der privaten und öffentlichen Akteure im Land und vor allem auch des im Herbst neu zu wählenden Landtages, die Informationen und vor allem auch die Empfehlungen aus diesem Bericht aufzugreifen. Die Umsetzung hat bereits begonnen, doch stehen wir noch vor großen Herausforderungen, um das „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ für die Zukunft angemessen gestalten zu können.

Ich danke allen Kommissionsmitgliedern und ständigen Gästen, die die Arbeit der Enquete-Kommission unterstützt haben und ich danke auch allen Angehörten und Sachverständigen. Erst die Vielzahl an unterschiedlichen Sichtweisen, Erkenntnissen und Meinungen hat unsere Arbeit in der Enquete-Kommission ermöglicht.

Jörg Heydorn

Vorsitzender der Enquete-Kommission

„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

A Zusammensetzung und Arbeitsweise der Enquete-Kommission

Auf Antrag der Fraktionen von SPD und CDU hat der Landtag in seiner 8. Sitzung am 1. Februar 2012 die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt.¹

Mit dem Einsetzungsbeschluss übergab der Landtag der Enquete-Kommission den Auftrag, auf der Grundlage der bestehenden Erkenntnisse zum demografischen Wandel Maßnahmen zu empfehlen, die geeignet sind, den Teilhabe- und Versorgungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen.² Als Schwerpunktthemen benennt der Einsetzungsbeschluss „Soziale Sicherung im Alter“, „Alter und Gesundheit“, „altersgerechtes Wohnen“, „Pflege“ und „Mobilität im Alter“. Die Enquete-Kommission soll sich über Grundfragen des Zusammenlebens verständigen. Das künftige Miteinander der verschiedenen Generationen, die Organisation von Chancengerechtigkeit sowie das Verhältnis von individueller Verantwortung und staatlicher Daseinsvorsorge sollen betrachtet werden. Ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich der Ausdehnung des Auftrages auf die Herausforderungen des demografischen Wandels insgesamt wurde durch den Landtag mehrheitlich abgelehnt.³

Die Enquete-Kommission besteht gemäß Einsetzungsbeschluss aus 21 Personen, die von den Fraktionen des Landtages entsprechend ihres Stärkeverhältnisses benannt wurden. Neben Mitgliedern des Landtages gehören ihr gemäß Enquete-Kommissions-Gesetz vom 9. Juli 2002 (EKG M-V, GVOBl. M-V S. 440) auch externe Sachkundige an.

Der Erste Zwischenbericht zu den Themen „Lebenssituation Älterer“ und „Wohnen im Alter“ wurde von der Enquete-Kommission am 28. März 2014 mehrheitlich mit den Stimmen der durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannten Kommissionsmitglieder bei einer Gegenstimme seitens der Fraktion der NPD angenommen und auf Drucksache 6/2929 dem Plenum des Landtages zugeleitet. Der Landtag hat dazu in seiner 68. Sitzung am 14. Mai 2014 beraten und den Bericht verfahrensmäßig für erledigt erklärt.⁴

Der Zweite Zwischenbericht zu den Themen „Mobilität im Alter“ und „Alter und Gesundheit/Pflege“ wurde von der Enquete-Kommission am 11. Dezember 2015 einvernehmlich mit den Stimmen der durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannten Kommissionsmitglieder bei einer Enthaltung seitens eines von der Fraktion der CDU benannten Kommissionsmitgliedes angenommen und auf Drucksache 6/5108 dem Plenum des Landtages zugeleitet. Der Landtag hat dazu in seiner 113. Sitzung am 29. Januar 2016 beraten und den Bericht verfahrensmäßig für erledigt erklärt.⁵

¹ Landtagsdrucksache 6/251.

² Die Fokussierung auf die Zielgruppe der „älter werdenden Bevölkerung“ wird in der Landtagsdrucksache 6/251 explizit festgelegt.

³ Landtagsdrucksache 6/286; Vgl. Plenarberatung Plenarprotokoll 6/8 vom 01. Februar 2012, S. 41-55; Annahme des Antrags auf Landtagsdrucksache 6/251. Ablehnung der Ziffern 1 bis 5 des Änderungsantrags auf Landtagsdrucksache 6/286, S. 55.

⁴ Protokoll der 68. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 14. Mai 2015, S.37ff.

⁵ Protokoll der 113. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 29. Januar 2016.

Der hier vorliegende Bericht dokumentiert ergänzend und abschließend die weitere Arbeit der Enquete-Kommission bis zum Mai 2016. In dieser Zeit beschäftigte sich das Gremium mit den weiteren Themenfeldern „Arbeit im Alter“, „Bildung im Alter“, „Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe“ sowie „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“. Außerdem hat die Enquete-Kommission die zuvor getroffenen Feststellungen und die dazu erarbeiteten Handlungsempfehlungen noch einmal überprüft.

Die Enquete-Kommission setzte sich aus folgenden parlamentarischen und nichtparlamentarischen Mitgliedern zusammen.

Zusammensetzung der Enquete-Kommission:

21 stimmberechtigte parlamentarische und nichtparlamentarische Mitglieder

Vorsitzender: Heydorn, Jörg (SPD)

Stellv. Vorsitzende: Stramm, Karen (DIE LINKE)

Benennende Fraktion	ordentliche Mitglieder	stellvertretende Mitglieder
SPD	parlamentarische Mitglieder: Albrecht, Rainer (MdL) Barlen, Julian (MdL) Heydorn, Jörg (MdL) Tegtmeier, Martina (MdL)	Donig, Ingulf (MdL) (ab 09/2013) Kaselitz, Dagmar (MdL) (ab 04/2014) Saemann, Nils (MdL) (ab 09/2013) Wippermann, Susann (MdL) (ab 04/2014)
	nicht parlamentarische Mitglieder: Blank, Roland ⁶ Deiters, Thomas ⁷ Drecoll, Erika ⁸ Gagzow, Wolfgang ⁹	Hercher, Liane (ab 09/2012) ¹⁰ Beyer, Thomas (ab 09/2012) ¹¹ Paetow, Brigitte (ab 09/2012) ¹² Petau, Monika (ab 09/2012)
CDU	parlamentarische Mitglieder: Friemann-Jennert, Maika (MdL) Schubert, Bernd (MdL) Texter, Andreas (MdL)	Reinhardt, Marc (MdL) Schütt, Heino (MdL) Lindner, Detlef (MdL) (ab 11/2012)
	nicht parlamentarische Mitglieder: Schapper, Helmut ¹³ Schröder, Jan Peter (bis 08/2014) ¹⁴ Köpp, Matthias (ab 09/2014) ¹⁵ Wiechert, Markus ¹⁶	Jonitz, Dietmar (ab 04/2012) ¹⁷ Lagemann, Helga (11/2012 bis 08/2014) ¹⁸ Kaiser, Klaus-Dieter (ab 11/2012) ¹⁹

⁶ Leiter der Geschäftsstelle des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. in Schwerin, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Mecklenburgisch-Vorpommerscher Wohnungsunternehmen e. V.

⁷ Stellvertretender Geschäftsführer Städte- u. Gemeindetag M-V e. V.

⁸ Stellvertretende Vorsitzende Landesseniorenbeirat M-V e. V. (bis Oktober 2013).

⁹ Geschäftsführer Krankenhausgesellschaft M-V e. V.

¹⁰ Referentin Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. in Schwerin.

¹¹ Bürgermeister Hansestadt Wismar.

¹² Vorsitzende Landesseniorenbeirat M-V e. V. (bis Oktober 2013).

¹³ LIGA Spitzenverband Freie Wohlfahrtspflege in M-V e. V.

¹⁴ Geschäftsführer Landkreistag M-V e. V.

¹⁵ Geschäftsführer Landkreistages M-V e. V.

¹⁶ Beauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland beim Landtag und der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern.

¹⁷ Geschäftsführer DRK-Kreisverband Ludwigslust e. V.

¹⁸ Referentin Landkreistag M-V e. V.

¹⁹ Direktor Evangelische Akademie der Nordkirche.

DIE LINKE	parlamentarische Mitglieder: Dr. Al-Sabty, Hikmat (MdL) (bis 03/2014, ab 10/2015) Koplin, Torsten (MdL) (04/2014 bis 09/2015) Stramm, Karen (MdL)	Koplin, Torsten (MdL) (bis 3/2014, ab 10/2015) Dr. Al-Sabty, Hikmat (MdL) (04/2014 bis 09/2015) Bernhardt, Jacqueline (MdL)
	nicht parlamentarische Mitglieder: Dr. Syrbe, Barbara ²⁰ Dr. Weiß, Wolfgang ²¹	Müller, Irene (ab 05/2012) ²² Dr. Speck, Andreas (ab 05/2012) ²³ Glasow, Margit (ab 08/2015)
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	parlamentarische Mitglieder: Gajek, Silke (MdL)	Berger, Ulrike (MdL) (ab 04/2012)
	nicht parlamentarische Mitglieder: Dr. Hill, Renate ²⁴	Dr. Krull, Petra (04/2012 bis 05/2014) ²⁵ Kistler, Anja (ab 06/2014) ²⁶
NPD	parlamentarische Mitglieder: Köster, Stefan (MdL)	Andrejewski, Michael (MdL)

ständige Gäste	vertretene Institution/Behörde
Paetow, Brigitte (bis 10/2013) Rosenheinrich, Bernd (ab 01/2014)	Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Dr. Zinnow, Pirko Kristin (bis 09/2013) Mertens, Herbert C. (i.V. und ab 12/2015) Laubner, Tilmann (ab 10/2014)	Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Henke, Elvira	Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat in seiner 11. Sitzung am 6. März 2012 entsprechend § 5 Absatz 1 des Untersuchungsausschuss- und Enquete-Kommissions-Gesetz (UAG/EKG) auf Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU den Abgeordneten Jörg Heydorn (SPD) zum Vorsitzenden und die Abgeordnete Karen Stramm auf Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE zu dessen Stellvertreterin gewählt.²⁷ Die konstituierende Sitzung am 13. April 2012 wurde durch die 1. Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Beate Schlupp, eröffnet. Die Fraktionen benannten Julian Barlen (SPD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Karen Stramm (DIE LINKE), Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

²⁰ Landrätin Landkreis Vorpommern-Greifswald.

²¹ Privatdozent Universität Greifswald.

²² Verband LAG Lebenshilfe Behinderter Rostock.

²³ Geschäftsführer Landesverband Sozialpsychiatrie M-V e.V.

²⁴ Geschäftsführerin Landesfrauenrat M-V e. V. (bis Mai 2013).

²⁵ Fachstelle Gleichstellung beim Landesfrauenrat M-V e. V.

²⁶ Geschäftsführerin beim Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe Nordost e.V. (bis Ende Mai 2015), Geschäftsführerin bei der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz (ab Juni 2015).

²⁷ Protokoll der 11. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 6. März 2012.

und Stefan Köster (NPD) als Obleute.²⁸ Am 1. Oktober 2015 übernahm Dr. Hikmat Al-Sabty die Funktion des Obmanns für die Fraktion (DIE LINKE).

Am 30. Mai 2012 hat die Kommission in ihrer zweiten Sitzung beschlossen, die Vorsitzende des Landessenorenbeirates, die Leiterin des für Demografie zuständigen Referates in der Staatskanzlei sowie die für Seniorenpolitik zuständige Referentin im Sozialministerium als ständige Gäste (mit beratender Stimme) zu allen Sitzungen einzuladen.

Die Enquete-Kommission verständigte sich darauf, die aus dem Einsetzungsauftrag resultierenden Themen in der folgenden Reihenfolge zu beraten:²⁹

- Wohnen im Alter
- Alter und Gesundheit/Pflege
- Mobilität im Alter
- Bildung/Arbeit
- Bürgerschaftliches Engagement/Gesellschaftliche Teilhabe
- Infrastruktur

Für jedes Themenfeld verabredete die Enquete-Kommission eine Vorgehensweise in vier Arbeitsschritten:³⁰

1. Festlegung der im Themenfeld zu bearbeitenden Fragestellungen - unter Einbeziehung der Ministerien, die ihre Grundpositionen und strategischen Ausrichtungen darlegen
2. Beauftragung einer Grundlagenexpertise zum jeweiligen Thema
3. Auswertung und ggf. Anhörung auf der Basis der Grundlagenexpertise
4. Konsensbildung und Beschlussfassung mit Vorschlägen für Umsetzungsziele und konkrete Maßnahmen zum jeweiligen Teil des Zwischen- und Endberichtes

Neben dem im Einsetzungsbeschluss benannten Demografiebericht der Landesregierung haben die Mitglieder der Enquete-Kommission den Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern³¹ und den Bericht zur Umsetzung des Landesprogrammes „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“³² zum Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit gemacht. Zudem wurde das Sekretariat der Enquete-Kommission personell in die IMAG eingebunden.

Um einen engen Austausch mit der Landesregierung zu gewährleisten, wurde die Berichterstattung der Fachressorts der zuständigen Ministerien zum jeweiligen Themenfeld beschlossen.³³ Die Bearbeitung der Themen ist im Anhang als Beratungsverlauf chronologisch dargestellt.

Die Verwaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hat für die Enquete-Kommission ein Sekretariat mit folgender Besetzung zur Verfügung gestellt:

²⁸ Protokoll der 1. Sitzung der Enquete-Kommission am 13. April 2012, S. 5,7.

²⁹ Kommissionsdrucksache 6/9(neu).

³⁰ Ebenda.

³¹ Landtagsdrucksache 5/4126.

³² Landtagsdrucksache 6/1423.

³³ Protokoll der 3. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 24. August 2012, S. 12.

Leitung des Sekretariats	
Winkelmann, Knud	bis 12/2012, ab 03/2013
Wittenberg, Ulrich	12/2012 bis 03/2013
wissenschaftliche Referentinnen und Referenten	
Bohnstedt, Wolfgang	ab 02/2012
Franz, Silke	09/2012 bis 4/2015
Hagemann, Christiane	ab 09/2014
Karsten, Kathrin	02/2012 bis 09/2014
Ludmann, Michaela	ab 05/2015
Dr. Peters, Claudia	ab 01/2013
Reil, Rolf	03/2012 bis 10/2012
Bürosachbearbeiterinnen	
Behnke, Jana	02/2012 bis 12/2012
Brandt, Anita	ab 03/2012
Rust, Marlies	ab 02/2014

In den Fraktionen wurde die Kommissionsarbeit von folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut:

Fraktion	wissenschaftliche Referentinnen und Referenten	Bürosachbearbeiterinnen und Bürosachbearbeiter
SPD	Blum, Petra (bis 06/2012) Dr. Mose, Jörg (ab 01/2013)	Rakette, Edda (ab 04/2012)
CDU	Ehlers, Sebastian (bis 08/2013) Dr. Anders, Christian (ab 09/2013)	Abromeit-Roloff, Jana (02/2012 bis 11/2012) Gwiazda, Wajja (ab 12/2012)
DIE LINKE	Petermann, Christian (bis 02/2014) Steffens, Sabine (ab 05/2014)	Ertel, Karin
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Steinbach, Marc (03/2012 bis 7/2012; ab 03/2015) Thomas, Kerstin (08/2012 bis 02/2015)	Steinbach, Marc (08/2012 bis 2/2015)
NPD	Klawitter, Frank	

Zu den Themenfeldern „Bildung und Arbeit“, „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ wurden Impulsreferate, Expertenanhörungen und Workshops durchgeführt sowie Grundlagenexpertisen erstellt. Deutlich wurde in dieser dritten Phase der Arbeit der Enquete-Kommission die Verzahnung der einzelnen Themenfelder miteinander. Im Zentrum der Beratungen der Kommission stand die Diskussion konkreter Handlungsempfehlungen zu den genannten drei Themenfeldern und notwendige Anpassungen in den Feststellungen und Empfehlungen zu den zuvor behandelten Themenfeldern. Ergebnis ist der vorliegende

Abschlussbericht, der in vier Kapiteln die Themenfelder erörtert und die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission enthält.

B Bildung im Alter

Das Konzept des lebenslangen Lernens beinhaltet die Ausbildung geistiger, kultureller und lebenspraktischer Fähigkeiten des Menschen bis ins hohe Alter und schließt persönliche und soziale Kompetenzen mit ein. Damit ist Bildung ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Hier ist politische Bildung von besonderer Bedeutung, um Zusammenhänge im politischen Geschehen zu erkennen, Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln und zu stärken und demokratische Spielregeln zu verankern. Politische Bildung trägt damit zur Herausbildung und Weiterentwicklung von aktiver Bürgerschaft, gesellschaftlicher Partizipation und politischer Beteiligung bei. Wirtschaftlich betrachtet trägt Bildung zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes bei. Sie beeinflusst die eigene Lebensgestaltung, das Einkommen und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Sicherstellung von Bildung ist eine staatliche Kernaufgabe und rechtlich verankert.³⁴ Weiterbildung erfüllt dementsprechend eine wichtige Funktion und trägt zur gesellschaftlichen Dynamik bei.

Eine älter werdende Gesellschaft erfordert Anpassungen auch im Bildungsbereich. Der Fokus der von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenen Grundlagenexpertise des Deutschen Institutes für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen liegt auf der Weiterbildung älterer Erwachsener.³⁵ „Weiterbildung ist ein integrierter und gleichberechtigter Teil des Bildungswesens. Weiterbildung [...] umfasst grundsätzlich alle Formen der Fortsetzung, Wiederaufnahme oder Ergänzung organisierten Lernens nach Vollendung des 14. Lebensjahres.“³⁶

Gerade im Zusammenhang mit Älteren findet Weiterbildung in der Regel als organisierte Bildung außerhalb der Hauptssysteme der allgemeinen und beruflichen Bildung statt, bei der kein formaler Abschluss erworben wird.³⁷ Sie wird unterschiedlich ausgestaltet (in Kursen, Schulungen am Arbeitsplatz oder in der Freizeit) und von Lebensphasen und -einstellungen, Gestaltungsmöglichkeiten und Anbietervielfalt beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Bericht zunächst Begriffe bestimmt. Anschließend wird die Weiterbildungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern dargestellt und auf die drei Kernbereiche, allgemeine, betriebliche bzw. berufliche sowie politische Weiterbildung eingegangen.

³⁴ Artikel 2 des (ersten) Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention schafft einen Rechtsanspruch auf Bildung. Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention postuliert das Recht des Kindes auf Bildung. Artikel 22 der Genfer Flüchtlingskonvention schreibt den Zugang zu öffentlicher Erziehung, insbesondere zum Unterricht in Volksschulen (also eine Grundbildung), auch für Flüchtlinge vor.

³⁵ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015.

³⁶ §1 Weiterbildungsförderungsgesetz - WBFöG Mecklenburg-Vorpommern (vom 20. Mai 2011).

³⁷ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 7.

B.1 Begriffsbestimmungen zum Thema Bildung

Lange herrschten in Wissenschaft und Gesellschaft Alltagsbilder vor, die von Verlust und Rückzug geprägt waren. Die gerontologische Forschung bestätigt heute, dass kognitive Einschränkungen im Alter kompensiert werden können. Die sogenannte kristalline (erfahrungsabhängige) Intelligenz kann im Alter sogar zunehmen und die fluide Intelligenz (logisches Denken und Problemlösen) ist trainierbar. Die beständige Nutzung von Fähigkeiten, also Training und Weiterlernen, trägt zu ihrem Erhalt bei. Lernen findet so bis in das hohe Alter statt und damit ist die Voraussetzung, Bildungszugänge und -effekte zu nutzen, prinzipiell gegeben.³⁸ Älteren Menschen soll räumlich, zeitlich und inhaltlich das gewünschte Bildungsangebot bis in das hohe Alter ermöglicht werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei Weiterbildung, die häufig durch informelles Lernen erfolgt. Von der Europäischen Kommission wurde ein dreistufiges System zur Normierung informellen Lernens eingeführt:³⁹

- **Formales Lernen**
Lernen, das üblicherweise in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung stattfindet, strukturiert ist und zur Zertifizierung führt. Formales Lernen ist aus der Sicht des Lernenden zielgerichtet.
- **Nicht-formales Lernen**
Lernen, das nicht in Bildungs- oder Berufsbildungseinrichtung stattfindet und üblicherweise nicht zur Zertifizierung führt. Gleichwohl ist es systematisch. Aus Sicht der Lernenden ist es zielgerichtet.
- **Informelles Lernen**
Lernen, das im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit stattfindet. Es ist nicht strukturiert und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung. Informelles Lernen kann zielgerichtet sein, ist jedoch in den meisten Fällen nichtintentional (oder „inzidental“/beiläufig).

Da es sich bei informellem Lernen nicht notwendigerweise um intentionales Lernen handelt, wird es von den Lernenden selbst unter Umständen gar nicht als Erweiterung ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten wahrgenommen.⁴⁰ Vielfältige Möglichkeiten für informelles Lernen finden sich in Kursangeboten von Krankenkassen, Krankenhäusern, Apotheken und Selbsthilfegruppen im Bereich Gesundheit. Gleiches gilt für die Bereiche Sport, kulturelle Veranstaltungen und Vereine. Die informellen Lernaktivitäten bei Literaturtagen, Filmkunstfesten, Theatertreffen oder Chortagen sprechen zudem viele ältere Menschen an. Gerade in diesen eigenverantwortlich und selbstmotiviert organisierten Lernformen lässt sich Lebenslanges Lernen konkret beobachten. Obwohl diese Angebote eher unsystematisch erfasst sind und daher das informelle Lernen in solchen Kontexten schwer messbar ist, bedeutet das nicht, dass es nicht stattfindet.⁴¹

Typische Orte und Möglichkeiten für informelles Lernen in Mecklenburg-Vorpommern sind Mehrgenerationenhäuser oder Aktivitäten in Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement. Der informelle Teil der Weiterbildung kann also außerhalb jeder Bildungseinrichtung stattfinden und enthält eine fast unbegrenzte Zahl von Themen und Orten

³⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 39.

³⁹ Europäische Kommission 2001, S. 32f.

⁴⁰ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 7.

⁴¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 9.

für die Umsetzung. Informelles Lernen ist für die persönliche Entwicklung und bei der Selbststeuerung hilfreich. Eigenständiges Lernen wird dabei immer stärker vorausgesetzt. Daher ist informelles Lernen auch im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Partizipation im Alter relevant.⁴²

Durch barrierefreie Bedienung und angepasste Bildgestaltung digitaler Medien können auch in höherem Alter zunehmend Selbstlernpotenziale erschlossen werden.⁴³ Damit ist das Lernen an und mit den digitalen Medien ein besonderer Bereich der Weiterbildung, der zunehmend genutzt wird. Bildungseinrichtungen bieten dazu bei steigendem Interesse verstärkt Veranstaltungen und Kurse an. Eine weitere Notwendigkeit zum Ausbau der digitalen Weiterbildung kann sich aus den Förderkriterien für Veranstaltungen ergeben. Häufig kommen Veranstaltungen der Volkshochschulen (VHS) nicht zustande, da die Anmeldungen unter der Mindestteilnehmerzahl bleiben. Die stärkere Nutzung von Blended Learning Programmen (Kombination aus Präsenzveranstaltung und E-Learning) oder ein größeres E-Learning Angebot könnten eine Lösung besonders in ländlichen Räumen und für nicht mobile Teilnehmende sein. Es ist jedoch fraglich, ob heute schon ältere Menschen in nennenswerter Anzahl solche Angebote wahrnehmen können. Einzelne Programme wurden bereits erfolgreich durchgeführt, doch besteht hier nach Ergebnissen der Grundlagenexpertise noch Forschungsbedarf für weitere Möglichkeiten der Umsetzung.⁴⁴

Der Umgang mit Computer und Internet selbst kann so zum Bildungsinhalt werden, um die Informations-, Kommunikations- und Technikkompetenz (ICT Literacy) älterer Menschen zu stärken. Vielfach sind die Kenntnisse, Fähigkeiten und Routinen für den sicheren Gebrauch des Internets im Alter derzeit nicht ausreichend. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die nachwachsenden Generationen älterer Menschen routinierter mit den neuen Medien umgehen werden.⁴⁵ Ein erfolgreiches Projekt zur Medienkompetenz ist das der Silver-Surfer beim Europäischen Integrationszentrums (EIZ) in Rostock. Es ist Teil der „Senioren-Technik-Botschafter“ Initiative des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und bietet Schulungen für über 50-Jährige zum Umgang mit neuen Medien und IT-Techniken an.⁴⁶

B.2 Weiterbildungsbeteiligung

Die Beteiligungsquote älterer Menschen an Weiterbildung sinkt mit zunehmendem Alter. Da der Großteil der Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland der beruflichen Bildung zuzuordnen ist, wirkt sich hier der Übergang von der Erwerbs- in die Nacherwerbsphase deutlich aus, da mit der Erwerbstätigkeit ein wichtiges Motiv wegfällt. Daneben beeinflussen soziodemografische Faktoren wie Geschlecht, Alter und Qualifikation die Weiterbildungsaktivität Älterer. Gesundheitliche Einschränkungen und geringere Mobilität können Gründe für eine sinkende Weiterbildungsquote sein.⁴⁷

⁴² DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 9.

⁴³ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 41.

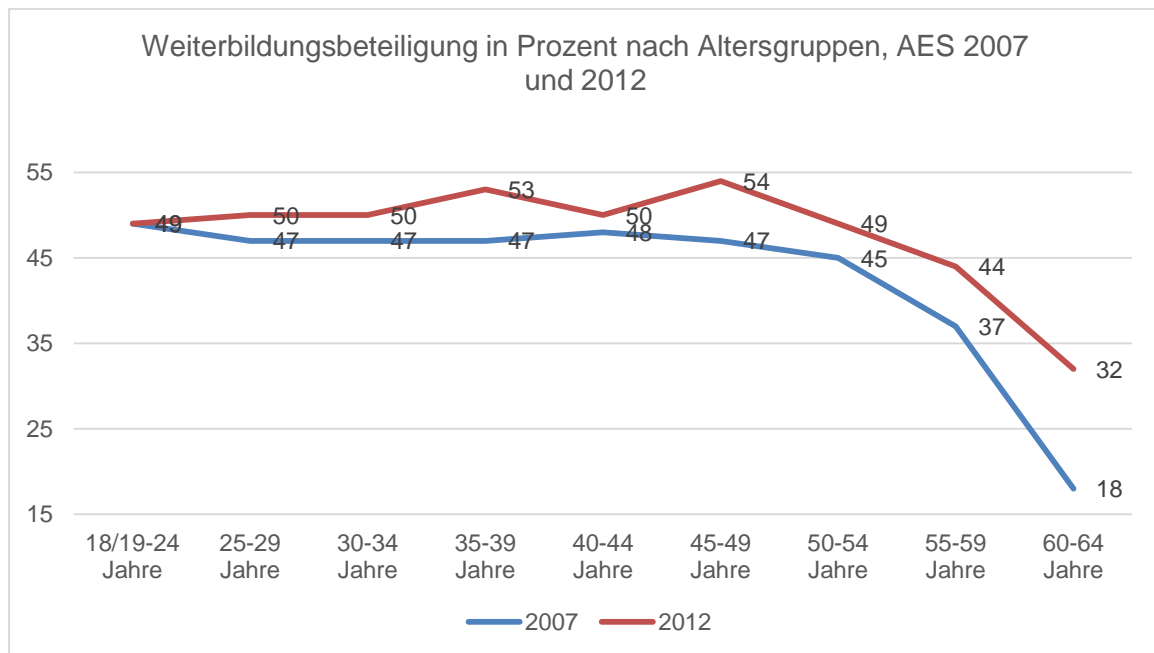
⁴⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 63f.

⁴⁵ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 57f.

⁴⁶ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 37; SilverSurfer. URL: <http://www.eiz-rostock.de/projekte/> [Stand 19.02.2016]

⁴⁷ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 6.

Abb. 1: Weiterbildungsbeteiligung in Prozent nach Altersgruppen (Daten des AES 2007 und 2012, Basis: Bis 2007 alle 19- bis 64-Jährigen, 2012: alle 18- bis 64-Jährigen)



Quelle: DIE Grundlagenexpertise Bildung 2015, S. 6 (BMBF, 2013b, S. 35)

Männer zwischen 18 und 64 Jahren nehmen häufiger an beruflicher Weiterbildung teil als gleichaltrige Frauen. Frauen der gleichen Altersgruppe dagegen nehmen häufiger an nicht-beruflicher Weiterbildung teil. Ältere Frauen (66- bis 80-Jährige) nehmen mit knapp 12 Prozent deutlich häufiger an Weiterbildung teil als gleichaltrige Männer (7 Prozent). Ein Grund hierfür könnte der Wegfall der Erwerbstätigkeit und der damit verbundenen beruflichen Motive sein, weil Frauen häufiger als Männer aus nicht-beruflichen Motiven an einer Weiterbildung teilnehmen.⁴⁸ Auch die Qualifikation durch schulische, berufliche und akademische Ausbildung ist ein Einflussfaktor auf die Weiterbildungsbeteiligung von älteren Personen.⁴⁹ Bei den 65- bis 80-Jährigen ist die Beteiligungsquote von Personen mit hoher akademischer Qualifikation bei 21 Prozent und damit weit über der Quote von Personen mit hoher beruflicher Qualifikation (12 Prozent), mittlerer Qualifikation (9 Prozent) und niedriger Qualifikation (3 Prozent).⁵⁰

Für Mecklenburg-Vorpommern ist, basierend auf den Daten des Mikrozensus, eine durchschnittliche Beteiligung über 55-Jähriger an Weiterbildung in den Jahren 2007 bis 2012 in Höhe von 4 Prozent festzustellen. Insgesamt ist dies eine geringere Beteiligung als im Bundesdurchschnitt. Die liegt für die benannte Altersgruppe bei 4,9 Prozent.⁵¹ Die Gutachter empfehlen Arbeitgebern das Angebot für ältere Arbeitnehmer zu verbessern und die

⁴⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 6.

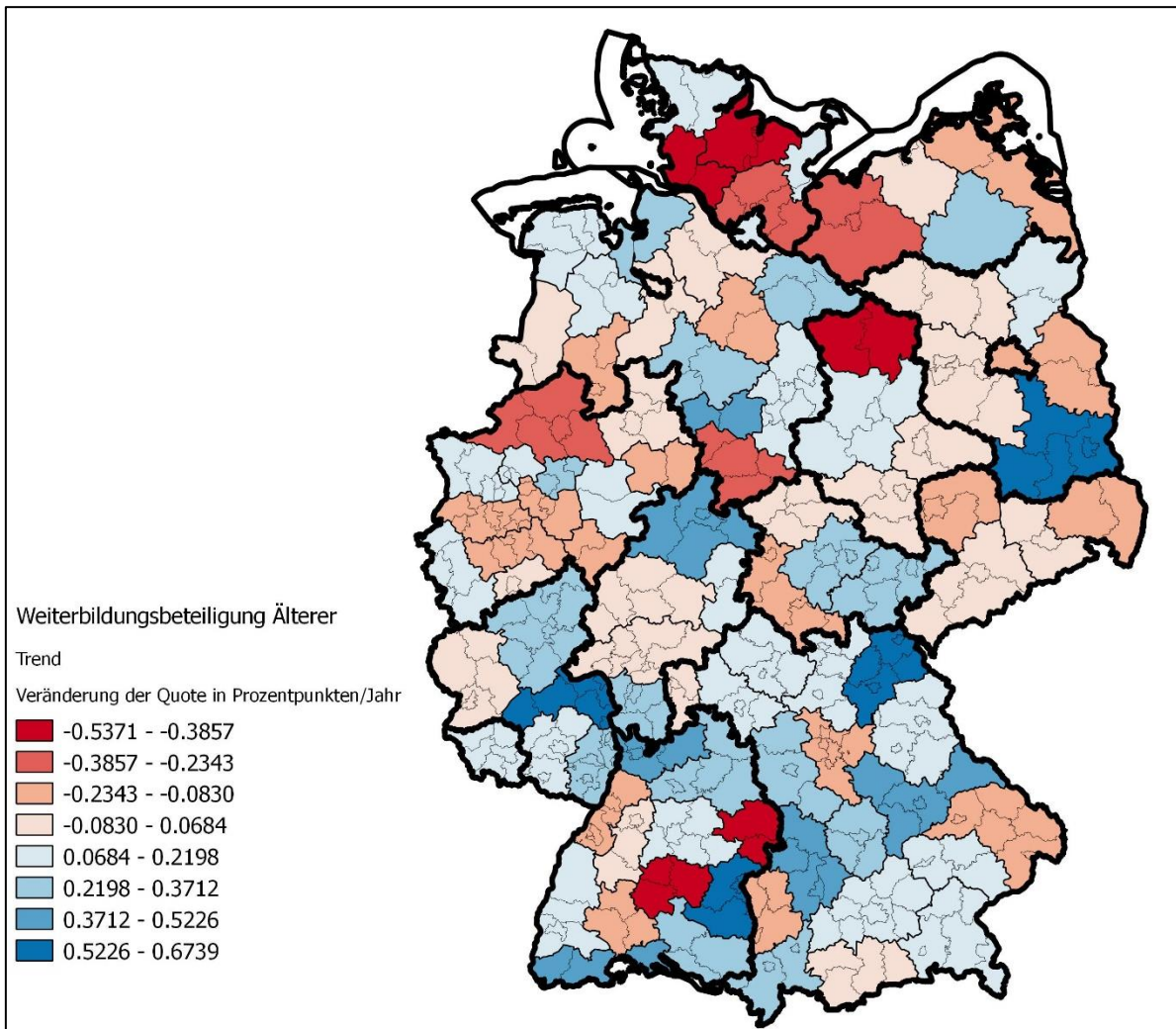
⁴⁹ s.a. IW 2012, S.6f: Ausführungen zum demografischen Ersatzbedarf.

⁵⁰ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 6f; Vgl. Nuissl 2008, S. 5: Ungleichheiten im Bildungssystem werden nicht durch Weiterbildung ausgeglichen.

⁵¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 11.

Transparenz zu erhöhen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern solle Rahmenbedingungen und Förderprogramme überprüfen oder modifizieren.⁵²

Abb. 2: Weiterbildungsbeteiligung Älterer (55plus) in Prozent pro Jahr (Durchschnittswert der Veränderung 2007-2012)



Quelle: DIE Grundlagenexpertise Bildung 2015, S. 13 (Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007-2012, gewichtet, DIE Berechnung © GeoBasis-DE / BKG 2013)

Hinsichtlich der Raumordnungskategorien fällt bei der Betrachtung der Weiterbildungsquote der über 55-Jährigen auf, dass mit Ausnahme der Region Mecklenburgische Seenplatte eine leicht sinkende Weiterbildungsbeteiligung zu verzeichnen ist. In den Lupenregionen liegt die prozentuale Abnahme in Vorpommern-Greifswald bei -0,16 Prozentpunkten und in Ludwigslust-Parchim bei -0,24 Prozentpunkten im Jahr. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet damit einen Rückgang der Beteiligung – im Gegensatz zu der steigenden Beteiligung im gesamten Bundesgebiet.⁵³

⁵² DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 40.

⁵³ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 12f.

Grundbildung, soziodemografische Daten, vorangegangene Bildungs- und Sozialisationserfahrungen, Altersbilder, normative gesellschaftliche Erwartungen und die Wahrnehmung von Entwicklungsverlusten beeinflussen die Motivation des Einzelnen, sich weiterzubilden. Offenheit für neue Lernerfahrungen und die Bereitschaft sich auf neue Bildungsprozesse einzulassen, hängen mit den Vorstellungen bezüglich der eigenen Lern- und Entwicklungsfähigkeit zusammen.⁵⁴ Geringqualifizierte ältere Menschen haben einen Bedarf an Grundbildung. Die Gutachter fordern daher, individuelle Bildungsbarrieren abzubauen und spezielle, wohnortnahe oder aufsuchende Bildungsangebote vorzuhalten.⁵⁵ Auch eine alterssensible Didaktik kann die Bereitschaft zur Weiterbildungsteilnahme stärken.⁵⁶ Bildungsangebote für spezielle Zielgruppen innerhalb verschiedener Altersgruppen (Menschen mit eingeschränkten kognitiven oder gesundheitlichen Möglichkeiten oder Menschen mit Demenz) gibt es nur wenige,⁵⁷ sodass schwindende oder fehlende Alltagskompetenz den Zugang zu niedrigschwelliger Bildung deutlich einschränkt. Um Hemmnisse und Hürden möglichst gering zu halten könnten sogenannte multifunktionale Zentren, in denen auch Bildungsangebote stattfinden, Zugangsbarrieren reduzieren und Teilhabe ermöglichen, beziehungsweise sichern. Das entworfene Konzept umfasst den gesamten Bereich der Infrastruktur (Ärzte, Sozialstation, Einkaufen u. a.) und orientiert sich am Aktivierungs- und Integrationszentrum (AIZ) in Greifswald.⁵⁸

B.2.1 Allgemeine Weiterbildung

Bildungsmöglichkeiten verschiedener Anbieter umfassen in unterschiedlicher Form zahlreiche Inhalte. Aufgrund dieser Vielfalt geht die Grundlagenexpertise verstärkt auf Funktion und Wirkung der Volkshochschulen (VHS) ein. Für VHS wie auch Musikschulen, Bibliotheken, Museen oder Theater besteht eine kommunale Verantwortung, durch die sie öffentlich abgesichert sind und nicht dem wirtschaftlichen Wettbewerb unterliegen. Diese Bildungsangebote erfüllen eine Ergänzungsfunktion zur formalen Bildung,⁵⁹ können sie begleiten und die Idee des lebenslangen Lernens weiter umsetzen.

Die Örtlichkeiten des formalen Systems (z. B. Schulen) können dabei als Ankerpunkte für das informelle Bildungssystem dienen. Bildungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern könnten als multifunktionale und lokale Lernzentren ausgebaut werden, die kooperativ, gemeindlich verankert, flächendeckend, vielfältig und nachhaltig wirken.⁶⁰ Anerkannte Weiterbildungsanbieter haben die Möglichkeit, ihre vielfältigen Angebote in die Weiterbildungsdatenbank BILDUNGSNETZ M-V⁶¹ einzustellen. Viele Anbieter sehen allerdings davon ab, insbesondere die VHS. Anerkannt sind Anbieter, die sich einem staatlichen Anerkennungsverfahren unterzogen haben, das qualitative Mindestanforderungen nach der Weiterbildungslandesverordnung in Verbindung mit dem

⁵⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 40ff.

⁵⁵ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 43.

⁵⁶ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 42.

⁵⁷ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 57.

⁵⁸ AktivZentrum "Boddenhus", URL: <http://www.boddenhus.de/start/> [Stand 07.12.2015]; DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 62.

⁵⁹ Landkreis Vorpommern-Greifswald 2012, S. 183.

⁶⁰ Protokoll der 41. Sitzung der Enquete-Kommission vom 6. November 2015, S. 20, Beitrag Peter, S.10 Beitrag Weßler; Vgl. Leitlinien zur bildungsorientierten Regionalentwicklung im Landkreis Vorpommern-Greifswald, Abschnitt B Ziff.6.

⁶¹ BILDUNGSNETZ M-V, URL: <http://www.weiterbildung-mv.de/about.php> [Stand 07.12.2015]

Weiterbildungsförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern voraussetzt. Eine staatliche Förderung des Anbieters erfolgt allerdings nicht unmittelbar aus dieser Anerkennung.⁶² Die flächendeckende Grundversorgung wird in den Regionen insbesondere von der VHS sichergestellt. Angebote, die speziell auf ältere Menschen (50plus) ausgelegt sind, sind nach der Grundlagenexpertise eher selten.⁶³ Insgesamt gibt es in Mecklenburg-Vorpommern 19 anerkannte Anbieter für allgemeine, 26 für politische und 198 für berufliche Weiterbildung.⁶⁴ Das Land verfügt also über eine vielfältige Anbieter- und Angebotslandschaft.

Erreichbarkeit (Mobilität, Kurskosten)⁶⁵ und Angebot sind die problematischen Punkte der allgemeinen Weiterbildung. Die Gutachter stellen fest, dass die Anzahl privat-kommerzieller und nicht kommerzieller sowie konfessioneller Anbieter von Weiterbildung in den Regionen sehr unterschiedlich ist. Regionen im Einzugsbereich größerer Städte profitieren vom Angebot (Angebots- und Anbietervielfalt) und von der Erreichbarkeit in Ballungsräumen. Die Anzahl der Weiterbildungsanbieter ist zudem von einem starken West-Ost und Nord-Süd-Gefälle geprägt. Um vielfältige Angebote in der Fläche sicherzustellen, wird in der Grundlagenexpertise angeregt, Bildungseinrichtungen mit anderen Einrichtungen im weiteren Sinne (Kammern, Jobcenter, Unternehmen, Verwaltung, Seniorenbeiräte) zu vernetzen, um so kreisübergreifend auch neue Aufgaben und Themen abdecken zu können.⁶⁶ Auch die inhaltliche Vernetzung von Bildungs- mit sozialpolitischen Konzepten (z. B. einer kommunalen Seniorenpolitik) wird als zukunftsfähig betrachtet.⁶⁷

Verschiedene rechtliche Regelungen und Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene, die sich mit der Weiterbildung älterer Menschen beschäftigen, liegen vor; landeseigene Förderrichtlinien oder ressortübergreifende Strategien zur Weiterbildung hingegen nicht. Die bestehenden Fördermöglichkeiten werden in der Grundlagenexpertise positiv eingeschätzt, weil die Breite der Interessen und die verschiedenen Lebenssituationen und -phasen berücksichtigt werden.⁶⁸ In einer zukunftsweisenden Befragung der Hochschule Neubrandenburg werden Angebote der Familienbildung und die umfassende Bildungsarbeit zu familien- und alltagsrelevanten Themen untersucht. Diese Angebote, die das gelingende Zusammenleben und den Familienalltag – auch für Alleinerziehende und Senioren unterstützen sollen (Sport, Paartherapie, Tanzkurs, Musikschule u. v. m.), werden auf ihre Bekanntheit und Akzeptanz geprüft. Welche Angebote wirklich gewünscht werden, soll das Befragungsergebnis aufzeigen.⁶⁹

⁶² DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 45.

⁶³ DIE Grundlagenexpertise 2015, S. 46ff.

⁶⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 45: Ausführungen auch zu den Lupenregionen; Vgl. Nuissl 2008, S. 6: Anzahl der Anbieter in Deutschland ist nicht bekannt.

⁶⁵ Vgl. DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 60f, zu beachten ist dabei: Unter Bezugnahme auf die Lupenregionen führt dies dazu, dass nicht nur Angebote an einem Hauptstandort vorgehalten werden, sondern wegen der Erreichbarkeit auch in kleineren Gemeinden; Anpassung an die Zeiten des ÖPNV in Abwägung zu den Zeiten, in denen Dozenten zur Verfügung stehen; Nutzung von Shuttlebussen und Mitfahrkonzepten; S.64f: Teilweise hohe Fahrtkosten des ÖPNV; Kurskosten mit Ausscheiden aus Erwerbstätigkeit zunehmend schwierig, Bildungseinrichtungen bieten Vergünstigungen an; Ermäßigungsregelungen als eine Option zur Erhöhung von Weiterbildungsbeteiligung; Vgl. Nuissl 2008, S. 6.

⁶⁶ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 65ff; Vgl. Feller, Krewerth und Ambos 2008, S.33 (Abb. 3): Weiterführend zu den wichtigsten Herausforderungen für die Anbieter.

⁶⁷ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 43, 65f.

⁶⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 37.

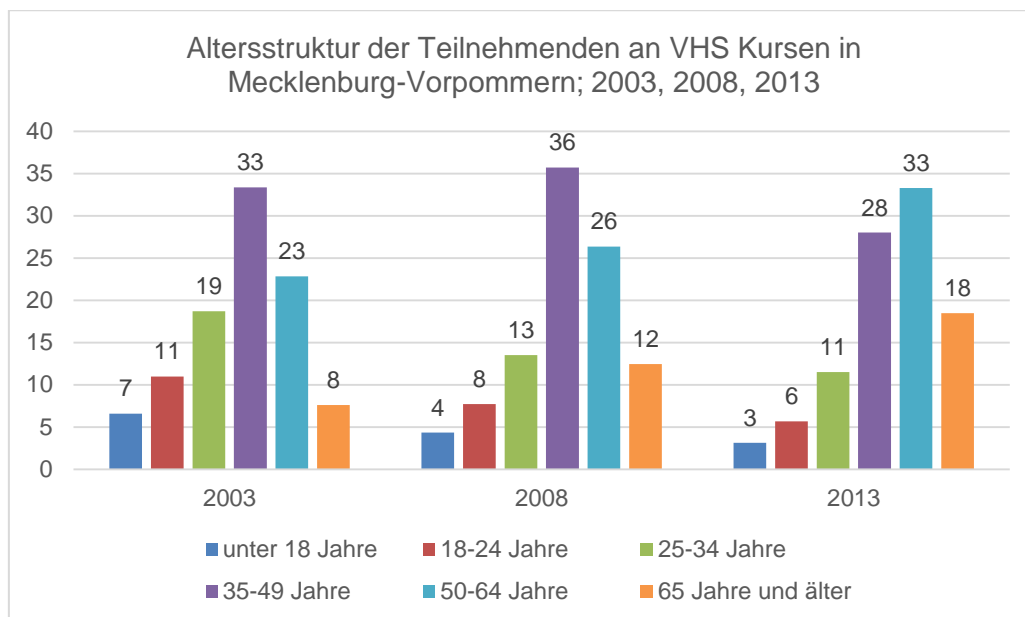
⁶⁹ Hochschule Neubrandenburg, Fachstelle ALFA (Alles Familie – Familie ist alles): URL: <http://www.hs-nb.de/alfa> [Stand 09.12.2015].

Im Bereich der allgemeinen und politischen Weiter- sowie der Familienbildung oder Seniorenarbeit bestimmt die angebotsorientierte Projektförderung die Angebotsvielfalt. Die Förderung zeitlich befristeter Projekte und Angebote ist im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Überführung in einem sogenannten Regelbetrieb fiskalisch nachvollziehbar, aber zum Erreichen des Ziels ungeeignet.⁷⁰ Ältere Menschen als Adressatengruppe werden nur durch einige Veranstaltungen direkt angesprochen.⁷¹ Bislang spielen örtliche Printmedien oder persönliche Ansprache eine größere Rolle bei der Bekanntmachung von Angeboten als das Internet.⁷² Lediglich die VHS sind als flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung zur Weiterbildung finanziell sichergestellt.

B.2.2 Weiterbildungsentwicklung an Volkshochschulen (VHS)

Volkshochschulen verstehen sich als kommunale Weiterbildungszentren. Sie nehmen als staatlich geförderte Erwachsenenbildung eine besondere Rolle ein, indem sie das Angebot in der Fläche sicherstellen und halten neben der umfassenden Breite des Angebotes auch die Grundbildung und Schulabschlüsse als Optionen vor. Sie führen vor allem Lernberatungen für Teilnehmende, Einstufungstests bei Sprachkursen, Einbürgerungstests und krankenkassenanerkannte Primärpräventionskurse durch.⁷³

Abb. 3: Altersstruktur der Teilnehmenden an VHS-Kursen und Lehrgängen in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2003, 2008, 2013



Quelle: DIE Grundlagenexpertise Bildung 2015, S.18 (DIE Berechnungen mit Daten der VHS-Statistik)

Die Entwicklung der Altersstruktur bei den Nutzern der Angebote der VHS zeigt, dass die Teilnehmenden immer älter werden. Im Jahr 2013 waren über die Hälfte aller Teilnehmenden

⁷⁰ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 37f.

⁷¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 57.

⁷² DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 58.

⁷³ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 44.

in Mecklenburg-Vorpommern 50 Jahre alt oder älter.⁷⁴ Bundesweit waren es im gleichen Jahr 41 Prozent. Beachtlich ist die Gruppe der über 65-Jährigen. In Mecklenburg-Vorpommern stieg ihr Anteil von 8 Prozent im Jahr 2008 auf 18 Prozent im Jahr 2013. In den Lupenregionen ist diese Entwicklung noch stärker.⁷⁵

Das Bildungsinteresse unterscheidet sich geschlechtsspezifisch: Frauen sind stärker an Fragen der gesunden Lebensführung und Medizin interessiert und Männer an Fragen der Politik und am praktischen und historischen Wissen.⁷⁶ Folgende Aufstellung verdeutlicht die Nachfrageschwerpunkte der VHS in Mecklenburg-Vorpommern.

Abb. 4: Belegung von Kursen nach Programmbereichen an VHS in Mecklenburg-Vorpommern 2013 bei der Gruppe 50plus

Gesellschaft, Politik & Umwelt	Kultur & Gestalten	Gesundheit	Sprachen	Arbeit & Beruf	Grundbildung & Schulabschlüsse
4,26 %	16,74 %	38,65 %	28,18 %	11,92 %	0,24 %

Quelle: DIE Grundlagenexpertise Bildung 2015, S. 21 (DIE Berechnungen mit Daten der VHS-Statistik)

Die Einbindung älterer Menschen in die thematische Gestaltung erfolgt nach Ergebnissen der Grundlagenexpertise allerdings nur vereinzelt. Dennoch ist die Nachfrage nach kleineren Gruppen, Berücksichtigung eigener Interessen, sozialem Austausch oder individueller Unterstützung - also an der konkreten Ausgestaltung des Angebotes - groß. Um mögliche Hemmnisse zu vermeiden, oder mit dem Tempo nicht mitzukommen, wird während der Kurse versucht, ältere Teilnehmer gesondert anzusprechen und zu unterstützen. Zugleich wollen ältere Menschen nicht unbedingt unter sich bleiben, sodass eine Bewerbung von Angeboten nicht allein auf Ältere zielt. Nach Erkenntnissen der Grundlagenexpertise sollten Gruppen nicht homogen aus älteren Menschen bestehen, da sich gerade im Bereich des Lernens mit neuen Medien intergenerationelle Projekte sehr bewährt haben.⁷⁷ Besonders schwierig ist der Anspruch der VHS, niedrighschwellige Angebote bereitzustellen und gleichzeitig einem klaren Bildungsbezug gerecht zu werden, um eine Förderfähigkeit nicht zu gefährden. So ist der Bildungsaspekt z. B. bei Tanzkursen, Chor, Gesprächskreisen und Kaffeerrunden im Ankündigungstext nicht ersichtlich. Doch ist die Wichtigkeit musikalischer Betätigung und sozialen Austauschs zum Erhalt und Erlernen sozialer Kompetenz wichtig; sie wirkt gesundheitsfördernd und der Vereinsamung Älterer entgegen.⁷⁸ Die Weiterbildungsangebote der VHS unterliegen dem Erfordernis einer Mindestteilnehmerzahl, was sie besonders in dem ländlichen Raum vor Probleme stellt. Die Grundlagenexpertise schlägt daher eine Diskussion und Prüfung dieser Fördervoraussetzung vor.⁷⁹

⁷⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 19.

⁷⁵ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 18f.

⁷⁶ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 40.

⁷⁷ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 56ff.

⁷⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 56f; Die derzeit geltende Vereinbarung („Positiv-Negativ-Liste“) zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den Volkshochschulen in Mecklenburg-Vorpommern definiert diese Angebote jedoch nicht als förderfähig im Sinne von Bildungsangeboten.

⁷⁹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 63.

B.2.3 Betriebliche und berufliche Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung ist jeder Bildungsvorgang, der eine vorhandene berufliche Vorbildung vertieft oder erweitert.⁸⁰ Sie findet als organisiertes Lernen statt. Andere Bildungsphasen (Schule, Studium u. a.) und zwischenzeitliche Berufstätigkeit gehen dieser Weiterbildung zeitlich und inhaltlich voraus. Sofern die Weiterbildung vom Unternehmen ausgeht oder im Unternehmenskontext erfolgt, spricht man von betrieblicher Weiterbildung. Inhaltlich bestimmen daher nachfrageorientierte Instrumente der individuellen Förderung diese Weiterbildung. Da bisher die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft wurden, legt die Grundlagenexpertise eine Verstärkung der Bekanntmachung und Motivation für die Weiterbildung nah.⁸¹ Ein eigenes längerfristiges Interesse an der Weiterbildung soll daher bei den Erwerbstätigen geweckt werden. Die Bildungsangebote werden häufig von den Betrieben initiiert, teilweise oder ganz finanziert und können am Arbeitsplatz selbst oder in kooperierenden Weiterbildungseinrichtungen wahrgenommen werden. Der betriebliche Nutzen steht im Vordergrund.⁸²

Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesvergleich die höchste Arbeitslosenquote im Bereich der über 55-Jährigen. Zur Qualifizierung älterer Langzeitarbeitsloser gibt es von einigen Weiterbildungsanbietern auch in den Lupenregionen besondere Angebote. Aus dem Ende 2015 auslaufenden Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ resultieren 77 passgenaue Beschäftigungspakte, in die auch andere Akteure, wie Unternehmen in der Region, Unternehmerverbände, Kammern, Gewerbevereine oder Verwaltung eingebunden werden. Mit dem Auslaufen des Programmes enden diese regionalen Pakte und die weitere Entwicklung ist nach Darstellung der Grundlagenexpertise nicht absehbar. Es wird daher vorgeschlagen, eine Perspektivenentwicklung für die bereits vorhandenen Strukturen zum Erhalt des Wissens und der Netzwerke zu entwickeln.⁸³

Für über 45-Jährige bietet das Sonderprogramm „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen“ Möglichkeiten der Förderung. Personen aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit weniger als 250 Beschäftigten können unter Fortzahlung ihres Arbeitsentgeltes für die Dauer einer Qualifizierung von mindestens vier Wochen freigestellt werden. Bis zu 75 Prozent der Kosten trägt die Bundesagentur für Arbeit und die restlichen 25 Prozent Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Da während der Umsetzung von 2009 bis 2013 die tatsächlichen Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern deutlich unter den zur Verfügung stehenden Mitteln blieben, empfiehlt die Grundlagenexpertise auf Landesebene die Prüfung der Ausschöpfungsmöglichkeiten. Auch das Bundesprogramm der Bildungsprämie kann für Ältere wirksam sein, da es bereits für Personen ab dem 25. Lebensjahr gilt. Fördervoraussetzungen hängen von der Wochenarbeitszeit und dem Jahreseinkommen ab. Gefördert werden Weiterbildungen mit berufsspezifischen Inhalten, Beschäftigungsfähigkeit verbessernde Maßnahmen und die

⁸⁰ Wikipedia: Berufliche Weiterbildung, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Berufliche_Weiterbildung;
Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BWP_2008-01_behringer_cvtsc3.pdf [Stand 12.11.2015].

⁸¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 37; Wilkens 2008, S.23f: Weiterbildung mit dem Bildungsscheck NRW: Für den Bildungsscheck gibt es zwei Zugangswege: Zum einen kann der Betrieb, zum anderen der Erwerbstätige selbst nach Beratung einen Bildungsscheck erhalten, bei dem bis 50 Prozent der Teilnahmegebühren vom Land, die anderen vom Betrieb bzw. dem Erwerbstätigen getragen werden. Es handelt sich um ein Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds.

⁸² DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 40; IW 2012, S. 7 .

⁸³ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 49f.

Teilnahme an beruflichen Abschlussprüfungen. Die Gebühr darf 1.000 Euro nicht überschreiten, 50 Prozent sind erstattungsfähig. Alle zwei Jahre kann nach Beratung ein Prämiegutschein ausgestellt werden. Auch hier empfehlen die Gutachter interne und externe Faktoren dahin gehend zu untersuchen, warum eine unterdurchschnittliche Nutzung der Prämien in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet.⁸⁴

Die beruflichen Bildungseinrichtungen sichern ihre Existenz insbesondere durch eine Anpassung an die Bedürfnisse des lokalen Arbeitsmarktes und die ländliche Region. Die Vernetzung mit Akteuren vor Ort (u. a. Unternehmerverbänden und Kammern) ist dabei wichtig und führt dazu, dass inhaltlicher Austausch stattfindet und kurze Wege ein schnelles Aufgreifen von Anregungen möglich machen.⁸⁵ Betriebliche Weiterbildung kann auch in und von Betrieben selbst (während der Arbeitszeit) angeboten werden.⁸⁶ Fachliche oder altersorientierte Spezialisierung des Bildungsangebotes entsteht durch die Nähe zum Arbeitsplatz.⁸⁷ Bei der Betrachtung der betrieblichen Weiterbildung sind die Struktur der Erwerbstätigen, die Größe (Struktur) der Betriebe sowie die Branche wesentliche Faktoren.

Der Anteil der über 50-Jährigen an allen Beschäftigten lag in Mecklenburg-Vorpommern 2011 bei 32 Prozent.⁸⁸ Die Beschäftigungsstruktur von Klein- und Kleinstbetrieben ist besonders häufig in Mecklenburg-Vorpommern zu finden. Mit dem Chef altern die Mitarbeiter.⁸⁹ Nachwuchs wird regelmäßig aus Zeit-, Organisations- oder betriebswirtschaftlichen Gründen nicht gefördert.⁹⁰ Weiterbildung findet aus den gleichen Gründen nur sehr begrenzt statt und der Beratungsbedarf ist groß. Die Grundlagenexpertise schlägt vor, vorhandene Beratungsangebote insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu nutzen und auszubauen, um wichtige Akteure zu sensibilisieren, zu beraten und zugleich auch durch mehr Werbung diese Möglichkeiten bekannter zu machen.⁹¹ Mit Blick auf ältere Beschäftigte sollte die Werbung für Bildungsfreistellung und Erstattungsmöglichkeiten verstärkt werden, um die Inanspruchnahme zu erhöhen.⁹² Bei der Betrachtung aller Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern liegt der Anteil der Weiterbildung anbietenden Betriebe bei 54 Prozent, der Anteil aller Erwerbstätigen, die an Weiterbildungen teilnehmen, bei 36 Prozent. Diese Anteile liegen jeweils über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Erwerbstätigen spiegelt dabei nicht den Anteil älterer Erwerbstätiger wider, sondern ergibt sich über alle Altersgruppen. Eine Untersuchung von 2011 stellte jedoch fest, dass in Mecklenburg-Vorpommern nur 13 Prozent der Betriebe Maßnahmen speziell für Ältere anbieten. Der Bundesdurchschnitt liegt mit 18 Prozent deutlich höher. Mit steigender Betriebsgröße steigt die Häufigkeit der Beschäftigung älterer Erwerbstätiger.⁹³

Für Mecklenburg-Vorpommern wird ein hoher Fachkräftebedarf festgestellt. Im Jahr 2013 wollten 33 Prozent der Betriebe Fachkräfte einstellen. Besonders hohen Fachkräftebedarf

⁸⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 33ff.

⁸⁵ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 48.

⁸⁶ IW 2012, S.9: Übersicht zu Erhebungen in der Weiterbildung.

⁸⁷ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 50f: Darstellung einzelner Beispiele, die früh ansetzen oder generationsübergreifend angelegt sind.

⁸⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 15.

⁸⁹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 53: Unter Hinweis auf die Koordinierungsstelle. Unternehmensnachfolge „Brücke M-V“ die seit Anfang 2015 nicht mehr gefördert wird.

⁹⁰ Zu dem Problem überalterter Kleinbetriebe s.a. Workshop zum Themenfeld Arbeit in Parchim am 16.7.2015.

⁹¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 53.

⁹² DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 27.

⁹³ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 17.

hatten dabei die Branchen der personennahen und der unternehmensnahen Dienstleistungen sowie das Baugewerbe (dieses vorwiegend in Kleinstbetrieben). Das Fachkräfteproblem, eine alternde Belegschaft und die Notwendigkeit in vielen Betrieben Ältere zu beschäftigen, verdeutlichen den Bedarf Rahmenbedingungen für „alters- und altersgerechtes“ Arbeiten zu schaffen.⁹⁴ Weiterbildung, Gesundheitsmanagement und Strategien für den Erhalt von Fachwissen im Betrieb⁹⁵ können Bestandteile dieser Rahmenbedingungen sein. Hinsichtlich der Verteilung ist festzustellen, dass in 5 Prozent der Betriebe altersgemischte Arbeitsgruppen vorhanden sind, in 5 Prozent Altersteilzeit praktiziert und in 3 Prozent der Betriebe Gesundheitsförderung für Ältere angeboten wird. In 1 Prozent der Betriebe werden spezielle Weiterbildungen für Ältere angeboten.⁹⁶

Betriebliche Qualifikation wird durchschnittlich mehr von älteren Frauen als von älteren Männern wahrgenommen.⁹⁷ Dieser Durchschnitt entsteht durch Branchen mit einem überdurchschnittlichen Frauenanteil unter den Erwerbstätigen (vgl. dazu Abbildung unten).

Abb. 5: Weiterbildungsquote insgesamt, von Frauen und Männern nach Branchen, Betriebsgrößenklassen 2013

Branche/ Betriebsgrößenklasse/ Land	Insgesamt	Frauen	Männer
	Prozent		
Land- und Forstwirtschaft*	47	39	49
Bergbau, Energie, Wasser, Abfall*	25	20	27
Verarbeiten des Gewerbe	28	26	28
Baugewerbe	29	23	29
Handel und Reparatur	38	36	39
Verkehr, Information, Kommunikation*	40	49	37
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen*	56	72	36
Unternehmensnahe Dienstleistungen	31	33	29
Erziehung und Unterricht*	53	61	33
Gesundheits- und Sozialwesen	52	53	50
Übrige Dienstleistungen	24	25	21
Organisationen ohne Erwerbszweck*	32	30	35
Öffentliche Verwaltung	29	31	25
1 bis 9 Beschäftigte	34	39	30
10 bis 49 Beschäftigte	40	44	36
50 bis 249 Beschäftigte	33	36	31
ab 250 Beschäftigte	36	40	31
Mecklenburg-Vorpommern	36	40	33
Brandenburg	34	38	30
Sachsen-Anhalt	30	32	29
Sachsen	32	37	28
Thüringen	35	38	32
Berlin	28	32	24
Ostdeutschland	32	36	29
Westdeutschland	31	33	30

* Wegen geringer Besetzungszahlen in den gekennzeichneten Branchen sind die Werte mit einer großen statistischen Fehlertoleranz behaftet. Sie sind daher nur eingeschränkt interpretierbar.

Quelle: IAB-Betriebspanel, Welle 2013

⁹⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 15f.

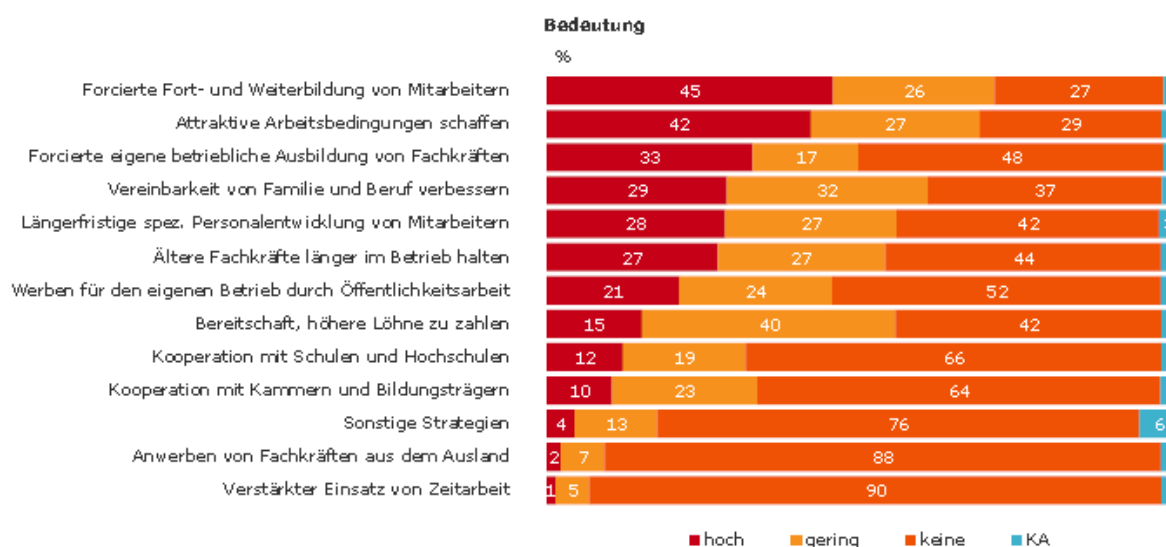
⁹⁵ Vgl. auch DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 53: Davon sind vor allem Erwerbstätige im Übergang zur Rente betroffen.

⁹⁶ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 17.

⁹⁷ IAB-Forschungsbericht 2015, S. 113.

Der Ausbau der beruflichen Weiterbildung durch „Anpassungsfortbildungen“ zum Auffrischen von Zertifikaten und Nachweisen⁹⁸ ist neben der Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen die wichtigste Strategie zur Fachkräftesicherung.⁹⁹ Auch in Bezug auf Erwerbstätige, die sich im Übergang zur Nacherwerbsphase befinden, ist Weiterbildung wichtig. Diese besteht aus drei Phasen: den letzten Berufsjahren, der Verabschiedung durch den Arbeitgeber und die ersten Monate und Jahre im Ruhestand.¹⁰⁰ Da die Weiterbildung allerdings noch nicht auf diese Gestaltungsphase ausgerichtet ist, weist die Grundlagenexpertise hier auf einen klaren Sensibilisierungsbedarf hin. Die Bewältigung dieser Lebensphase kann durch eine Tätigkeit im Ehrenamt wirkungsvoll gestaltet werden, insbesondere weil der soziale Austausch dem älteren Menschen erhalten bleibt.¹⁰¹ Weiterbildung im Rahmen von freiwilligem Engagement stellt dabei einen wichtigen Baustein im Sinne lebenslangen Lernens dar.¹⁰²

Abb. 6: Beurteilung personalpolitischer Strategien zur Sicherung des betrieblichen Fachkräftebestandes und zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs nach ihrer Bedeutung, 2014 (Angaben in Prozent)



Basis: Alle Betriebe mit Tätigkeiten für Fachkräfte (n = 15.273)

Quelle: IAB-Betriebspanel 2014

Die Strategien sind in Ost- und Westdeutschland fast übereinstimmend. Die Ausgestaltung der Betriebe steht hinter diesen personalpolitischen Strategien zurück.¹⁰³ Für die älteren

⁹⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 48: Fortbildung zum Auffrischen von Zertifikaten und Nachweisen.

⁹⁹ IAB-Forschungsbericht 1015, S. 83: Zum Wandel der Betriebslandschaft in West- und Ostdeutschland.

¹⁰⁰ Vgl. DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 53.

¹⁰¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 54ff: Ein best-practice Beispiel ist der Bürgerhafen Greifswald, wo ein Beratungsgespräch für die Übergangsphase angeboten wird und mögliche Felder für bürgerschaftliches Engagement identifiziert werden. Die dort angesiedelte Ausbildung und Begleitung bürgerschaftlich engagierter SeniorTrainer/innen ist ein landesweit bekanntes und erfolgreiches Projekt. URL: <http://www.buergerhafen.de/seniortrainer.html> [Stand 14.12.15].

¹⁰² IW 2012, S. 12: Kausalzusammenhang zwischen Weiterbildung und freiwilligem Engagement.

¹⁰³ IAB-Forschungsbericht 2015, S. 83, 89 und 90: Wandel der Betriebslandschaft in West- und Ostdeutschland; vgl. IW 2012, S. 10: Aufstieg durch Bildung.

Erwerbstätigen lohnt sich die Weiterbildung in Form der Anpassungsqualifizierung, weil sie zu einem prozentual höheren Einkommen führt und die Betroffenen mehr Zufriedenheit, Sicherheit empfinden und bessere Gesundheit aufweisen. Die Produktivität steigt und das Arbeitslosigkeitsrisiko verringert sich.¹⁰⁴ Weiterbildung hat somit für beide Seiten eine positive Wirkung.¹⁰⁵

Die betriebliche Weiterbildung findet, wie die allgemeine Weiterbildung, vorwiegend in Zentren statt. Dort gibt es eine größere Anzahl von Betrieben mit Weiterbildungsaktivitäten. Eine bestimmte Strahlenwirkung von Hamburg, Lübeck und Rostock in ländliche Regionen Mecklenburg-Vorpommerns hinein ist hier zu verzeichnen.¹⁰⁶ Altersgerechte Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere durch Weiterbildung sind für ältere Erwerbstätige allerdings nicht nur standortbedingt ungleich verteilt.

Vielmehr nimmt das Engagement von Betrieben für speziellere, weiterbildende Maßnahmen für Ältere auch mit steigender Betriebsgröße zu.¹⁰⁷ In Mecklenburg-Vorpommern zählen rund 72 Prozent aller Betriebe (mit 22 Prozent aller Erwerbstätigen) in die Kategorie Kleinstbetriebe (bis zu neun Erwerbstätige).¹⁰⁸ Insgesamt bieten 46 Prozent dieser Kleinstbetriebe Weiterbildungsmaßnahmen an, bei den Großbetrieben (mit 16 Prozent aller Erwerbstätigen) sind es 85 Prozent. Ausgewiesene Maßnahmen für Ältere führten im Jahr 2011 zu 90 Prozent aller größeren Betriebe durch, während es bei Betrieben mit bis zu vier Beschäftigten nur 6 Prozent waren.¹⁰⁹ In kleineren Betrieben sind solche Entwicklungsmöglichkeiten für Ältere wegen betriebswirtschaftlicher Aspekte wie Arbeitsausfall, Weiterbildungskosten und fehlender Zeitressourcen, die für eine Weiterbildungsorganisation zu Verfügung stehen müssen, also gering.¹¹⁰ Diese Beschäftigten sind eher auf Eigeninitiative im Sinne von lebenslangem Lernen angewiesen. Informationskampagnen, die zu einem eigenverantwortlich organisierten und initiierten Leben motivieren, können hilfreich sein.¹¹¹

Die betriebliche Weiterbildung ist neben der Betriebsgröße auch branchengeprägt. Zwischen den Branchen gibt es teilweise beachtliche Unterschiede. Gerade in den Fachbereichen Erziehung und Bildung sowie im Gesundheits- und Sozialwesen unterstützen rund 79 bzw. 83 Prozent der Betriebe unabhängig von ihrer Größe Weiterbildungsmaßnahmen von Erwerbstätigen.¹¹² Es ist davon auszugehen, dass dies mit gesetzlichen Verpflichtungen zur Weiterbildung und gesetzlicher Förderung von Weiterbildung in Zusammenhang steht.¹¹³

¹⁰⁴ IW 2012, S. 3f, 7 und 13: Tabelle 3, Anpassung an neue Herausforderungen in der bisherigen Tätigkeit als häufigstes Ziel der beruflichen Weiterbildung bei 45-65jährigen.

¹⁰⁵ Behringer, F., Moraal, D. und Schönfeld, G. 2008, S. 13f.

¹⁰⁶ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 14.

¹⁰⁷ IAB-Forschungsbericht 2015, S. 109.

¹⁰⁸ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 17: Zur Abgrenzung: Kleinbetriebe (10 bis 49 Erwerbstätige; anteilig 33 Prozent aller Erwerbstätigen), Mittelbetriebe (50 bis 249 Erwerbstätige; anteilig 29 Prozent aller Erwerbstätigen) und Großbetriebe (ab 250 Erwerbstätige).

¹⁰⁹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 17.

¹¹⁰ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 52: Zur Beratungstätigkeit der Gesellschaft für Struktur und Arbeitsmarktentwicklung (GSA).

¹¹¹ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 17.

¹¹² IAB-Forschungsbericht 2015, S. 110.

¹¹³ Vgl. IAB-Forschungsbericht Betriebspanel 2011.

Insgesamt liegt der Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern 2013 bei 54 Prozent und damit sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Weiterbildungsteilnehmenden an allen Beschäftigten liegt bei 36 Prozent und damit ebenfalls leicht über dem Bundesdurchschnitt. Die oben genannten Zahlen gelten jedoch nur für Weiterbildungsmaßnahmen von Erwerbstätigen aller Altersgruppen. Über die Beteiligung speziell von Älteren an solchen Maßnahmen ist nicht viel bekannt. 2011 lag der Anteil der Betriebe, in denen Ältere beschäftigt sind und die Maßnahmen für Ältere durchführen (nicht nur Weiterbildung gilt als „Maßnahme“), in Mecklenburg-Vorpommern bei lediglich 13 Prozent. Dies ist deutlich unter dem Durchschnitt aller Bundesländer von 18 Prozent. Konkret beziehen 7 Prozent der Betriebe Ältere in die Weiterbildung ausdrücklich mit ein.¹¹⁴

B.3 Handlungsempfehlungen zu „Bildung im Alter“

Lebenslanges Lernen soll zu Selbstbewusstsein, zur Selbstbestimmung und zur Selbstermächtigung befähigen. Bildung ist dann nicht mehr bloße Wissensvermittlung im Leistungswettbewerb um gesellschaftlichen Rang oder pure Qualifizierungsmaßnahme, sondern Basis für die Entfaltung von Persönlichkeit, die Erweiterung von Handlungsspielräumen, die Eröffnung von Begegnungsmöglichkeiten, die Ermöglichung von Veränderungen für ein gutes Leben. Entscheidend ist dafür ein selbstbestimmtes, vielfältiges und inklusives Lernen, ohne Barrieren auf Grund von Alter, Behinderungen, Geschlecht, Herkunft, Einkommen, Erfahrung oder der Bildung selbst. Gerade im ländlichen Raum ist es aufwendiger, gut erreichbare Weiterbildungsveranstaltungen anzubieten, aber auch der persönliche Aufwand für die Teilnehmenden ist hier größer als in Städten. Das führt dazu, dass im ländlichen Raum nur ein eingeschränktes Angebot vorhanden ist. Die Barrierearmut des Veranstaltungsortes ist, insbesondere für (ältere) Personen mit körperlichen Einschränkungen wichtig, um ein Bildungsangebot wahrnehmen zu können.

Die betrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten für Ältere sind auch in den Unternehmen sehr ungleich verteilt und meist abhängig von der Unternehmensgröße und Branche. In vielen Berufsfeldern ist die lebenslange und berufsbegleitende Weiterbildung unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Hinzu kommt, dass viele Erwerbsbiografien heute von häufig wechselnden Beschäftigungen geprägt sind. Personen mit geringer Qualifikation oder nur Basiskompetenzen benötigen spezielle und wohnortnahe Bildungsangebote. Bildungsangebote für Ältere können sowohl als spezielle bzw. altersgerechte als auch generationsübergreifende Maßnahmen konzipiert werden. Es empfiehlt sich der weitere Ausbau intergenerationeller Lernmöglichkeiten im Interesse aller Generationen.

B.3.1 Bildungsstrukturen für ein älter werdendes Mecklenburg-Vorpommern

Die biografischen Unterschiede sind eine besondere Herausforderung für die Teilnahme und Teilhabe von älteren Menschen an Erwachsenenbildung und für Bildungsangebote, die die Inklusion von älteren Menschen ernst nehmen. Es ist damit eine große Aufgabe, auf einheitliche Weiterbildungschancen für ältere Menschen hinzuwirken. Mecklenburg-Vorpommern hat eine vielfältige Anbieterlandschaft und Angebotsstruktur. Die öffentlichen und staatlich anerkannten Volkshochschulen, die eine Grundversorgung in den Regionen

¹¹⁴ DIE Grundlagenexpertise (Bildung) 2015, S. 17.

gemäß ihres Versorgungsauftrags sicherstellen, sind von großer Bedeutung für die Weiterbildung und zur Bewältigung des demografischen Wandels.

Neben etablierten Bildungsformaten müssen sich auch mehr informelle, alltagsnahe Formen von Bildung entwickeln können, die stärker selbstorganisiert und am privaten Leben orientiert sind. Voraussetzung dafür sind gleichermaßen eine vielfältige kulturelle Infrastruktur und Bildungslandschaft sowie die technische Ausstattung mit Computern und Netzverbindungen.

Konkret gibt die Enquete-Kommission dafür folgende Handlungsempfehlungen:

- Das Land wirkt darauf hin, dass flächendeckend bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote vorgehalten werden.
- Durch Informationsportale und kostenlose bzw. kostengünstige und vielfältige Beratungsangebote sollen Information und Zugang zu den Bildungsangeboten erleichtert werden.
- Die Bildungsanbieter sollten bei der Planung und Organisation die Lernenden aktiv einbeziehen sowie eine handlungsorientierte altersgerechte Didaktik und Methodik anwenden. Dabei sind entsprechende Kenntnisse ihrer Dozentinnen und Dozenten von Bedeutung.
- Die erforderliche Mindestteilnehmerzahl stellt insbesondere für die Volkshochschulen in den ländlich strukturierten Gebieten eine Hürde dar. Ziel sollte daher unter Berücksichtigung qualitativer Aspekte die Reduzierung der Mindestteilnehmerzahl, insbesondere in den ländlichen Gestaltungsräumen des Landesraumentwicklungsprogrammes sein.
- Integriertes Lernen und E-Learning-Angebote stellen im ländlichen Raum eine Möglichkeit dar, Bildungsangebote mit wenigen Teilnehmenden und für nicht mobile Teilnehmende durchzuführen. Dabei ist gegebenenfalls eine Zusammenarbeit von Anbietern zu prüfen, um eine entsprechende Lerninfrastruktur zu teilen. Zur Ermöglichung von E-Learning-Formaten ist die Verfügbarkeit von schnellem Internet herzustellen; auch weil das Internet ein informeller Lernort sein kann.
- Digitale Medien sollen für ältere Menschen klare Bedienung oder Sprachsteuerung bieten, barrierefrei sein und die Selbstlernpotenziale unterstützen. Hierzu ist die Trennung der Inhalte von der Form der Darstellung eine technische Voraussetzung. So können dann beispielsweise Texte problemloser in Braille-Schrift ausgegeben werden.
- Durch die Etablierung von kommunalem Bildungsmanagement sollen Netzwerke aus Bildungsanbietern und anderen relevanten Akteuren (wie Unternehmen, Kammern, Arbeitsagentur/Jobcenter, Verwaltung, Seniorenbeiräte) geknüpft und gestärkt werden, um auch ältere Menschen besser zu erreichen, Doppelstrukturen zu vermeiden und die Vielfalt der Träger zu stärken.
- Zur Evaluierung öffentlich geförderter Bildungsangebote ist ein geeignetes Monitoring zu entwickeln.
- Zeitliche Anpassungen von Bildungsangeboten für Senioren an Fahrzeiten des ÖPNV oder die Koppelung mit Gemeinschaftsverkehren (z. B. Fahrgemeinschaften, Shuttlesystem, Taxen für Senioren) sind anzustreben (vgl. Handlungsempfehlungen zu „Mobilität im Alter“)
- Das Konzept multifunktionaler Gebäude mit der Bündelung verschiedener Dienste, wie z. B. Ärzte, Beratung, Bildung, Freizeit, Einkaufsmöglichkeiten, kann im ländlichen Raum eine wichtige Infrastruktur und Daseinsvorsorge für ältere Menschen darstellen und durch die Reduzierung von Zugangsbarrieren gesellschaftliche Teilhabe und die

- Nutzung von Bildungsangeboten ermöglichen und verbessern. Daher ist die Einrichtung solcher multifunktionaler Zentren zu fördern.
- Mobile, barrierefreie Bildungsangebote sind insbesondere in den ländlichen Regionen zu unterstützen und weiter zu entwickeln (z. B. durch Fahrbibliotheken als multimediale Versorgungsdienstleister).
 - Der Abbau von Barrieren, die den Zugang, die Erreichbarkeit und die Nutzung von öffentlichen Angeboten der kulturellen Bildung beeinträchtigen, ist durch das Land und die Kommunen zu fördern und voranzutreiben.
 - Die Sicherung der Infrastruktur für die kulturelle Bildung soll ressortübergreifend erfolgen.
 - Regelungen, die das Öffnen von Schulen als intergenerationale Lernorte oder die gebührenfreie Nutzung von öffentlichen Gebäuden für gemeinnützige Vereine behindern, müssen beseitigt werden.
 - Sozialverträgliche Ermäßigungsregelungen in Bildungseinrichtungen für bestimmte Gruppen von Älteren werden zur Erhöhung von Weiterbildungsbeteiligung empfohlen.
 - Kompetenzerwerb durch organisierte Bildungsangebote soll den Teilnehmenden durch Zertifizierung bescheinigt werden.
 - Aufgrund der geringen Dichte der Bildungseinrichtungen (insgesamt) in Mecklenburg-Vorpommern können nicht alle Bildungsformate flächendeckend angeboten werden. Öffentliche Bildungseinrichtungen werden daher angeregt, auch weiterhin zielgruppenunabhängige Bildungsformate anzubieten (Seniorenunis, Weiterbildung an Hochschulen).
 - Die Seniorenakademien der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sollen ihre Angebote verstärkt in die Fläche tragen.
 - Ältere Menschen verfügen über zahlreiche Kompetenzen, die für die Bildungsarbeit genutzt werden können, da viele Menschen, die bereits auf ein langes Leben zurückblicken, Freude daran haben, ihre Einsichten und Kompetenzen in Lerngruppen – auch an den Hochschulen – einzubringen. Felder, in denen sie Kenntnisse vermitteln können und die ohne ihre Weitergabe für das Land und für die Menschheit verloren wären, können beispielsweise sein: Zeitzugenschaft, handwerkliches Können, künstlerische oder kulturelle Fertigkeiten und Kenntnisse sowie Mentoringprogramme.

B.3.2 Berufliche Weiterbildung für Ältere

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stellen ältere Erwerbspersonen eine besondere Zielgruppe für Weiterbildungen dar, da hier die Weiterbildungsbeteiligung sehr gering ist. Der fehlende Fachkräftenachwuchs trägt maßgeblich dazu bei, dass die Unternehmen in den kommenden Jahren gezwungen sein werden, verstärkt auf ältere Beschäftigte zurückzugreifen. Nicht nur die Anhebung des Renteneintrittsalters lässt eine längere Lebensarbeitszeit erwarten, sondern auch der Fachkräftebedarf der Unternehmen. Wer aber länger im Arbeitsleben steht, muss sich auch länger den Herausforderungen des Arbeitsmarktes stellen können, wozu individuelle, betriebliche, allgemeine und berufliche Weiterbildung dienen. Dazu muss auch die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht werden. Dennoch gibt es kaum explizite Angebote für die berufliche Weiterbildung Älterer in Mecklenburg-Vorpommern.

Konkret gibt die Enquete-Kommission dafür folgende Handlungsempfehlungen:

- Insbesondere Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen müssen qualifiziert und betreut werden. Zur Hebung der Weiterbildungsbeteiligung soll sich eine Landeskampagne an solche Personengruppen richten, die sich bisher am wenigsten an Weiterbildungsangeboten beteiligen.
- Die meisten Weiterbildungsangebote haben einen beruflichen oder betrieblichen Kontext. Arbeitgeber sowie ihre Interessenverbände sind aufgefordert, die Zugangsmöglichkeiten für die Nutzung von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten für ältere Erwerbstätige zu verbessern und die Transparenz der Angebote zu erhöhen. Erwerbspersonen sollten auch in ihrem eigenen Interesse Bildungsangebote wahrnehmen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist gehalten, Rahmenbedingungen und Förderprogramme in diesem Feld zu überprüfen und ggf. anzupassen.
- In Mecklenburg-Vorpommern existieren bereits Strukturen für die Weiterbildungsberatung von Unternehmen (auch für kleine und mittlere Unternehmen - KMU), die ausgebaut und verstärkt dazu genutzt werden können, vor allem KMU und vergleichbare Rechtsträger im nichtkommerziellen Bereich hinsichtlich der Weiterbildung älterer Menschen und eines eigeninitiierten Lernmanagements zu sensibilisieren und zu beraten. Um eine höhere Bekanntheit und eine stärkere Inanspruchnahme des existierenden Angebots zur Beratung und Information zu erreichen, sind diese gezielt zu bewerben. Hier sind vor allem die zuständigen Kammern und Unternehmerverbände in der Pflicht. Dabei sind Beispiele aus „guter Praxis“ zu Potenzialen, Lern- und Erfahrungsschätzen älterer Menschen zu berücksichtigen.
- Die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Bildungsfreistellungsgesetzes müssen verbessert werden, damit die Potenziale der Bildungsfreistellung tatsächlich nach Bedarf ausgeschöpft werden können. Dafür sind die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen und die Nutzung offensiv zu bewerben.
- Eine Absenkung der Mindestanzahl der Tage für Maßnahmen der Bildungsfreistellung von drei auf einen Tag könnte die Inanspruchnahme erhöhen und auch kleineren Bildungsanbietern die Möglichkeit geben, z. B. Maßnahmen zur Wahrnehmung des Ehrenamtes anzubieten. Dies ist daher gesetzlich zu regeln.
- Die Ausgabe von Bildungsschecks an Unternehmen soll zukünftig neben dem betrieblichen auch einen individuellen Zugang für die Beschäftigten umfassen. Die Abgrenzung zur Bildungsprämie des Bundes ist dabei zu berücksichtigen. Zudem erscheint es naheliegend, verstärkt und gezielt für die Nutzung des Instruments durch ältere Beschäftigte und darauf bezogene Weiterbildungsberatung durch die Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung (GSA) zu werben.
- Weiter zu untersuchen sind die Gründe für die unterdurchschnittliche Ausgabe von Gutscheinen des Bundesprogrammes Bildungsprämie an Ältere in MV. Dabei ist sowohl evtl. programmimmanente Ursachen nachzugehen als auch externen Faktoren.
- Es ist darauf hinzuwirken, dass die Möglichkeiten des Bundesprogramms Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) besser ausgeschöpft werden und der Bund die gesamte Fortbildung finanziert.

B.3.3 Weiterbildung Älterer für Teilhabe und freiwilliges Engagement

Auch nach oder neben dem Arbeitsleben eröffnen sich viele Bildungschancen: sei es eine besondere Qualifikation für ein bestimmtes Ehrenamt zur Entfaltung zu bringen oder schlicht,

der Wunsch lange vernachlässigte oder ganz unentdeckte Seiten aufzuschlagen. Abgesehen von eventuellen, anderweitigen zeitlichen Verpflichtungen, ist in dieser Lage die Entscheidung für ein Bildungsangebot ganz und gar frei. Im Bereich der Familienbildung können durch Berücksichtigung der Zielgruppe der Älteren intergenerationelle Lernmöglichkeiten geschaffen werden.

Konkret gibt die Enquete-Kommission dafür folgende Handlungsempfehlungen:

- Für die Gestaltung des persönlichen Übergangs vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase spielt die Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern bisher in Bezug auf die Aufnahme eines ehrenamtlichen Engagements eine untergeordnete Rolle. Eine Sensibilisierung (Strukturierung von Zeit, neue Aufgaben, soziale Kontakte) von Unternehmen und Weiterbildungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit den Kommunen für die persönliche Gestaltung des Übergangs von der Erwerbs- in die Nacherwerbsphase erscheint daher geboten.
- Die ehrenamtliche Weiterbildung im Land muss stärker vernetzt und Doppelstrukturen müssen abgebaut werden. Hier kommt der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement eine koordinierende Verantwortung zu. Sie darf jedoch nicht bestehende Angebote konkurrierend verdrängen.
- Das in Mecklenburg - Vorpommern erfolgreich umgesetzte Projekt der Seniortrainer/-innen ist weiterzuführen und langfristig zu unterstützen.
- Um die gesellschaftliche Teilhabe weniger technikaffiner Menschen zu gewährleisten und ihnen einen souveränen, kompetenten und kritischen Umgang mit Medien zu ermöglichen, muss die Medienkompetenz beispielsweise im Hinblick auf digitale Kommunikation oder Ambient Assisted Living (AAL) weiterhin gefördert werden. Hier ist den Erkenntnissen der zentralen Anlaufstelle AAL-Mecklenburg-Vorpommern sowie den Empfehlungen der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern zu folgen, wonach es bei den Weiterbildungsangeboten auf Passgenauigkeit, Mitgestaltung und erweiterte bzw. differenzierte Zugänge in Vermittlung und Aneignung ankommt.
- Das erfolgreiche Modell der SilverSurfer als Technikbotschafter in der älteren Generation ist weiter zu führen und zu fördern.
- Die maßgeblichen Förderbedingungen für Weiterbildung (z.B. „Positiv-Negativ-Liste“) sollen mit Blick auf eine indirekte oder mittelbare Diskriminierung von Themen mit besonderer Relevanz für die Bildung Älterer bzw. die Gewinnung Älterer für Weiterbildung überprüft werden. Dabei ist zu prüfen, ob die Durchführung niedrigschwelliger Angebote, die keinen klaren Bildungsbezug haben, Aufgabe der öffentlich geförderten Weiterbildung sein sollten und ob Ankündigungstexte geeignete Belege für die Nachweisprüfung zur Förderfähigkeit darstellen (da so beispielsweise Veranstaltungen, die inhaltlich einen klaren Bildungs- und Lernbezug haben, auf die der Titel jedoch nicht direkt schließen lässt, nicht als förderfähig eingestuft werden).
- Kursangebote für Ältere, die zum Erhalt der Alltagskompetenz, zur Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung beitragen, wie z. B. Singen, Tanzen, kreatives Gestalten etc., sollen ausgebaut und verstärkt auch durch die Krankenkassen unterstützt werden.
- Zum gegenseitigen Austausch und zur Vermittlung passgenauer Angebote für Ältere, u. a. in den Bereichen Weiterbildung, Seniorenstudium, Sprach- und Lesekompetenzen, informelles Lernen, Altersvorsorge und internationale Freiwilligendienste, sollen diese Themen auf bestehenden Publikumsmessen, die ein älteres Publikum ansprechen, präsentiert werden.

-
- Mehrgenerationenhäuser sind als Orte intergenerationellen Lernens ein vielversprechender Ansatz auch im Hinblick auf die Bildungslandschaft. Im Bereich der Familienbildung bietet die geplante Neustrukturierung der Förderung eine Möglichkeit frühzeitig intergenerationelle Lernmöglichkeiten – im Interesse aller Generationen – systematisch mitzudenken. Um Handlungsbedarfe und Empfehlungen bezogen auf das Konzept Mehrgenerationenhäuser abzuleiten, sind hinreichend breite empirische Erkenntnisse zu deren konkretem Beitrag zur Bildung Älterer notwendig. Eine landesspezifische Evaluation des Lernens in diesem Kontext ist notwendig, um effizient weiteren Ausbau vorzunehmen.

G Literatur- und Quellenverzeichnis

Augurzky, B.; Krolop, S.; Hentschker, C. und Menniken, R. (2013): Pflegeheim Rating Report 2013 – Ruhiges Fahrwasser erreicht. Hannover

Baumgärtner, K.; Kolland, F. und Wanka, A. (2013): Altern im ländlichen Raum. Entwicklungsmöglichkeiten und Teilhabepotentiale. Stuttgart

Becker, U. und Roth, M. (Hg.) (2013): Recht der Älteren. De Gruyter Handbuch, Berlin/Boston

Beckmann, K. J. (2013): Entwicklungslinien der Mobilität im Alter und Verkehrstendenzen. In: Schlag, B. und Beckmann, K. J. (Hg.) (2013): Mobilität und demografische Entwicklung. Mobilität und Alter, Bd. 7, Köln, S. 43-74

Behringer, F., Moraal, D. und Schönfeld, G.: Betriebliche Weiterbildung in Europa: Deutschland weiterhin nur im Mittelfeld. Aktuelle Ergebnisse aus CVTS3. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) 2008/1, S. 9-14. Bielefeld

Berner, F.; Rossow, J. und Schwitzer, K.-P. (Hg.) (2011a): Individuelle und kulturelle Altersbilder. Expertisen zum Sechsten Altenbericht der Bundesregierung. Band 1. Wiesbaden

Berner, F.; Rossow, J. und Schwitzer, K.-P. (Hg.) (2011b): Altersbilder in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen und in der pflegerischen Versorgung. Expertisen zum Sechsten Altenbericht der Bundesregierung. Band 2. Wiesbaden

Bundesministerium des Inneren (BMI) (2013): Jedes Alter zählt. Zweiter Demografie Gipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generationen in der Bundesrepublik Deutschland. Potentiale des Alters für Wirtschaft und Gesellschaft. (Fünfter Altenbericht). Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK) (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Wie Unternehmen Beschäftigte mit Pflegeaufgaben unterstützen können. Rostock

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hg.) (2015): MORO Praxis - Anpassungsstrategien zur regionalen Daseinsvorsorge (unveröffentlicht)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2010): ÖPNV: Planung für ältere Menschen - Ein Leitfaden für die Praxis, BMVBS-Online-Publikation 09/2010

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hg.) (2011): Wohnen im Alter. Markprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf. Forschungen Heft 147, Berlin (Bearbeitung Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln. Kremer-Preiß, U.)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2012): Mobilitätssicherung in Zeiten des demografischen Wandels. Innovative Handlungsansätze und Praxisbeispiele aus ländlichen Regionen in Deutschland. Bonn

Burmeister, J. (2007): Radmobilität von Senioren/innen in ländlichen Räumen. Hochschule Neubrandenburg, Projektbearbeitung Hochschule Neubrandenburg und ISAB-Institut Köln, Neubrandenburg

change – Das Magazin der Bertelsmann Stiftung 4/2015, Gütersloh

Claßen, K.; Oswald, F.; Doh, M.; Kleinemas, U. und Wahl, H.-W. (2014): Umwelten des Alterns. Wohnen, Mobilität, Technik und Medien. Grundriss der Gerontologie Bd. 10, Stuttgart

Czepek, J. und Weber, E. (2015): Die Flexi-Rente als Instrument zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. In IAB-Stellungnahme 6/2015, 6. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Dehne, P.; Hiller, H. und Hollang, R. (2013): Wohnen im Alter. Grundlagenexpertise Teil A, Auswirkungen der demografischen, siedlungs- und infrastrukturellen Veränderungen. Endbericht, Hochschule Neubrandenburg, Neubrandenburg (= Kommissionsdrucksache 6/25)

Dengler, K. und Matthes, B. (2015): In kaum einem Beruf ist der Mensch vollständig ersetzbar. In IAB-Kurzbericht 2015, 24. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Deutscher Ethikrat (2011): Nutzen und Kosten im Gesundheitswesen – Zur normativen Funktion ihrer Bewertung – Stellungnahme. Berlin

Deutscher Ethikrat (2012): Demenz und Selbstbestimmung – Stellungnahme. Berlin

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (2015): Bildung und Arbeit im Alter. Schwerpunktbereich Bildung. Grundlagenexpertise Abschlussbericht. Bonn (=Kommissionsdrucksache 6/52)

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (2015): Bildung und Arbeit im Alter. Schwerpunktbereich Arbeit. Grundlagenexpertise Abschlussbericht. Bonn (=Kommissionsdrucksache 6/51neu)

Deutsches Institut für Stadt und Raum und DSK Deutsche Stadt und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (2015): Daseinsvorsorge/Infrastruktur. Grundlagenexpertise Endbericht, Wiesbaden (= Kommissionsdrucksache 6/55)

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) und plan:mobil, Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung (2015): Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Grundlagenexpertise Abschlussbericht, Berlin (= Kommissionsdrucksache 6/36)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2011): Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research 378. Berlin

Deutsches Zentrum für Altersfragen (2003): Die Entwicklung sozialer Beziehungen in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse des Alterssurvey 2002. Veränderungen im Längsschnitt über einen Zeitraum von sechs Jahren. DZA – Kurbericht „Soziale Beziehungen“, Berlin (FN 135)

Dorbritz, J. und Schneider, N. (2013): Familiendemografische Trends in Deutschland – Herausforderungen für zukünftiges politisches Handeln. In: Hüther und Naegele (2013): Demografiepolitik – Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden, S. 142-164

Drach, L. (2013): Demenz-Wegweiser für Schwerin und Umland. Zentrum Demenz und Hochschule Neubrandenburg

Edinger et al. (2007): Barrierearm – Realisierung eines neuen Begriffs. Bauforschung für die Praxis I, Bd. 81, Heidelberg

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (2001): Mitteilung der Kommission: Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. November 2001

Faller, B.; Aring, J.; Lobeck, M. und Wilmsmeier, N. (2014): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – Begleitforschung Fachinformation. Endbericht im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

FGSV – Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Hg.) (2014): Hinweise für Straßen mit besonderem Überquerungsbedarf – Shared Space und andere Ansätze (H SBÜ), Köln

FGSV, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Hg.) (2011): Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA). Ausgabe 2010, Köln

FGSV, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Hg.) (2011): Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen (H BVA). Arbeitsgruppe Straßenentwurf, Ausgabe 2011, Köln

Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern (2013): Mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2018. Abt. Haushalt und Finanzwirtschaft, Ref. IV 200, Stand: 01. Juli 2013

Feller, G., Krewerth, A. und Ambos, I.: Hochstimmung bei Weiterbildungsanbietern – aber nicht bei allen. Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2007. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) 2008/1, S. 30-34. Bielefeld

Follmer, R. und Brand, T. (2010): MiD 2008 - Mobilität in Deutschland 2008. Ergebnisbericht Mecklenburg-Vorpommern. Studie im Auftrag des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern. Infas und DRL, Bonn

Generali Zukunftsfonds (Hg.) / Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Generali Altersstudie 2013: Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Frankfurt

Gipp, Ch.; Nienaber, P. und Schifforst, G. (2014): Mobilitätsoptionen Älterer im ländlichen Raum. Ergebnisbericht. IGES Institut GmbH im Auftrag des ADAC e. V., Berlin

Günther, M. (2013): Wohnen der Altersgruppe 65plus. Untersuchung im Auftrag vom Verbändebündnis WOHNEN 65 PLUS. Pestel Institut. Hannover

Hackmann, T.; Müller, D.; Steiner, M. und Tiessen, J. (2014): Pflege vor Ort gestalten und verantworten – Konzept für ein Regionales Pflegebudget. Gütersloh

Hefter, Th. und Götz, K. (2013): Mobilität älterer Menschen. State of the Art und Schlussfolgerungen für das Projekt COMPAGNO. Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH, ISOE-Diskussionspapiere, Nr. 36, Frankfurt am Main

Hercksen, H.; Kirchesch, M. und Ortwein, St. (2014): Nutzungschancen des Breitbandinternets für ländliche Räume. Innovative Anwendungen, neue Ideen, gute Beispiele. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hg.), Bonn

HGC GesundheitsConsult GmbH (2015): Alter und Gesundheit/Pflege (Teil1). Grundlagenexpertise. Und Appendix: Status quo der Versorgungssituation in MV. Düsseldorf (= Kommissionsdrucksache 6/35 (neu))

HGC GesundheitsConsult GmbH (2015): Alter und Gesundheit/Pflege (Teil2). Pflege und Prävention. Grundlagenexpertise. Düsseldorf (= Kommissionsdrucksache 6/38 (neu))

Hildebrandt, J. (2012): Lebenswelt im Wohnkontext. In: Kleiner, G. (Hg.) (2012): Alter(n) bewegt. Perspektiven der sozialen Arbeit auf Lebenslagen und Lebenswelten. Berlin, S. 196 - 204

Hohmeyer, K. und Kopf, E. (2015): Wie Leistungsbezieher Pflege und Arbeitsuche vereinbaren. In IAB-Kurzbericht 2015, 5. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Hüther, M. und Naegele, G. (2013): Demografiepolitik – Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden

Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) (2012): Bildung in der zweiten Lebenshälfte: Bildungsrendite und volkswirtschaftliche Effekte. Köln

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2014): IAB-Betriebspanel Mecklenburg-Vorpommern, Ergebnisse der Welle 2013. Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2015): IAB-Forschungsbericht 9/2015. Wandel der Betriebslandschaft in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014

Kalina, T. und Weinkopf, C. (2014): Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro verändern könnte. IAQ-Report. Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation. Universität Duisburg/Essen

Kleiner, G. (Hg.) (2012): Alter(n) bewegt. Perspektiven der sozialen Arbeit auf Lebenslagen und Lebenswelten. Berlin

Klingholz, R. und Kuhn, E. (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.). Berlin

Kremer-Preiß, U.; Mehnert, T. und Stolarz, H. (2013): Wohnen im Alter. Bedarfslagen Älterer und Bedingungen für ein selbstständiges Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Grundlageexpertise, Teil B, Bewertung der aktuellen Strukturen und Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen. KDA, Köln (= Kommissionsdrucksache 6/24neu)

Kruppe, T. und Lang, J. (2015): Arbeitslose profitieren von Qualifizierungen. In IAB-Kurzbericht 2015, 22. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Kuhn, E. et al. (2012): Unterwegs auf dem Lande. Mobilitätskonzepte für ländliche Räume bei Bevölkerungsrückgang und Ressourcenknappheit. Ergebnis-Protokoll des Workshops am 13./14. Juni 2012, Institute für Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS) Potsdam und Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, unveröffentlicht, 13. S.

Lacour, A. (2014): Älterwerden im ZukunftsDORF - Leben und Lernen über Generationen: Das Regionale 2016 - Projekt der Gemeinde Legden. informationsdienst altersfragen, 2014, Nr. 6, Berlin

Landkreis Vorpommern-Greifswald (2012): Bildung überwindet Grenzen. Erster Bildungsbericht des Landkreises Vorpommern-Greifswald 2012, Anklam

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2011): 7. Altenparlament. Dokumentation. Debatte, Anträge, Beschlüsse. Schwerin

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) / Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) (2012): Befragungsergebnisse - Wohnen im Alter 60plus. Unterschiede in ost- und westdeutschen Städten. Präsentation im Rahmen der Fachtagung „Wohnen im Alter 60plus“ am 29. Februar 2012 im IÖR. Dresden; URL: <http://www.ioer.de/aktuelles/veranstaltungen/rueckblicke/2012-wohnen-im-alter/> [Stand 14.03.2014]

Lihs, V. (2013): Wohnen im Alter – Bestand und Bedarf altersgerechter Wohnungen. In: Information zur Raumentwicklung, H. 2, Bonn

Manssen, G. (2013): Das Recht der Älteren im Planungs- und Baurecht. In: Becker, U. und M. Roth (Hg.) (2013): Recht der Älteren. De Gruyter Handbuch, Berlin / Boston, S. 496-505

Mau, J. (2015): Was bringt die Abwrackprämie? In: Kma - Das Gesundheitswirtschaftsmagazin, 2015, 20. Jg., S. 28-34

Mohn, B. (2014): Vorwort. In: Hackmann, T., Müller, D., Steiner, M. und Tiessen, J. (2014): Pflege vor Ort gestalten und verantworten – Konzept für ein Regionales Pflegebudget. Gütersloh, S. 6-7

Nagl, W. (2014): Lohnrisiko und Altersarmut im Sozialstaat, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 54, ifo Institut, 2014. München

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH und Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) (2015): Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe. Grundlagenexpertise, Berlin (=Kommissionsdrucksache 6/53neu)

Nuissl, E.: Lernen im Lebenslauf in öffentlicher Verantwortung gestalten. Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nuissl. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) 2008/1, S. 5-8. Bielefeld

Oberste Landesplanungsbehörde (2014): Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2014 (LEP M-V 2014), Entwurf: Stand Februar 2014; URL: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/vm/Themen/Landes-_und_Regionalentwicklung/Fortschreibung_Landesraumentwicklungsprogramm/index.jsp [Stand 14.03.2014]

Rothgang, H.; Müller, R.; Mundhenk, R. und Unger, R. (2014) GEK Pflegereport 2014. Siegburg

Rothgang, H.; Müller, R. und Unger, R. (2013): Barmer GEK Pflegereport 2013. Siegburg

Rudinger, G. und Kocherscheid, K. (Hg.) (2011): Ältere Verkehrsteilnehmer – gefährdet oder gefährlich? (Applied Research in Psychology and Evaluation 5). Göttingen

Rudinger, G.; Holz-Rau, Ch. und Grotz, R. (Hg.) (2004): Freizeitmobilität älterer Menschen. Dortmund

Rudinger, G.; Haverkamp, N.; Mehli, K. und Riest, N. (2012): MOBIL 2030, Mobilitätskultur in einer alternden Gesellschaft: Szenarien für das Jahr 2030. Forschungsvorhaben im Rahmen der Förderinitiative „Zukunftsfragen der Gesellschaft“ (AZ II / 83 172), Zentrum für Alterskulturen (ZAK), Bonn

Rudinger, G.; Mehli, K. und Haverkamp, N. (2012): Aktiv und Mobil – für ein selbstbestimmtes Leben im Alter im Landkreis Uckermark. Zentrum für Alterskulturen (ZAK) Universität Bonn

Rychter, A. (2006): Wohnen im Alter aus der Sicht der Wohnungsunternehmen. In: Landesamt für Bauen und Verkehr, Brandenburg (Hg.) (2006): Wohnen im Alter – Strategien anderer Bundesländer. Dokumentation eines Expertengesprächs am 16. Februar 2006 in Potsdam. Frankfurt/Oder

Schaeffer, D.; Hämel, K. und Ewers, E. (2015): Versorgungsmodelle für ländliche und strukturschwache Regionen. Anregungen aus Finnland und Kanada. Weinheim und Basel

Schlag, B. (2008b): Älter werden und Auto fahren. Report Psychologie 33,2, S.74-85, Dresden

Schlag, B. (Hg.) (2008a): Leistungsfähigkeit und Mobilität im Alter. Schriftenreihe Mobilität und Alter, Bd. 3, Köln

Schlag, B. und Beckmann, K. J. (Hg.) (2013): Mobilität und demografische Entwicklung. Mobilität und Alter, Bd. 7, Köln

Schrappé, M. (2015): Qualität 2030 – Die umfassende Strategie für das Gesundheitswesen. Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Schwarze, B. und Spiekermann, K. (2013): Analyse der Erreichbarkeit der zentralen Orte in Mecklenburg-Vorpommern. Abschlussbericht. Studie im Auftrag des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Spiekermann & Wegner Stadt- und Regionalforschung, Dortmund

Sinjakowa, M. (2015): Klinikumbau erhöht die Qualität. In: Gesundheit und Gesellschaft (G+G), 2015, Nr.3, S. 14-15

Spickhoff, A. (2013): Selbstbestimmungsfähigkeiten. In: Becker, U. und M. Roth (Hg.) (2013): Recht der Älteren. De Gruyter Handbuch, Berlin / Boston, S. 101- 125

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Pflegestatistik 2009. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Kreisvergleich. Wiesbaden

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2012): Daten zur Wohnsituation (Mikrozensus) in Mecklenburg-Vorpommern 2010, Statistische Berichte Wohnungswesen. 7. September 2012, Schwerin

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2012): Mikrozensus – Zusatzerhebung 2010. Schwerin

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2013): Bevölkerung, Haushalte und Familien in Mecklenburg-Vorpommern, Mikrozensus 2012). Teil 1 – Bevölkerung und Haushalte. Schwerin

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2013): Statistische Berichte, Wanderungen in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin

Statistisches Bundesamt (2012): Bauen und Wohnen. Mikrozensus Zusatzerhebung 2010. Bestand und Struktur der Wohneinheiten. Wohnsituation der Haushalte. DStatis, Fachserie 5, H. 1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2013): Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2012. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 10. Juli 2013 in Berlin, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt: Personal in Pflegeeinrichtungen, URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Pflege/Tabellen/PersonalPflegeeinrichtungen.html> [Stand 15.12.2013]

Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik 2014 – Ambulante Pflegedienste; URL: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/LaenderAmbulantePflegedienste.html>, S. 7 [Stand 06.05.2015]

Tivig, T.; Henseke, G. und Neuhaus, J. (2013): Berufe im Demografischen Wandel – Alterungstrends und Fachkräftegebot. Dortmund

Tivig, T.; Korb, C.; Neuhaus, J.; Sondermann, F.; Antje, O. und Holm, H. (Hg.) (2012): Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute. Universität Rostock, Department AGIS (=Kommissionsdrucksache 6/7neu)

TNS Emnid (2011): Wohnwünsche im Alter. Grafik Report. Im Auftrag von Deutscher Mieterbund (DMB), Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V. (DGMF), Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) und Bundesamt für Migration (BFM). Bielefeld; URL: <http://www.wohnen-im-alter-nrw.de/content/e1867/e1914/> [Stand 14.03.2014]

TNS Infratest Sozialforschung (2005): Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 2005). Forschungsprojekt im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Bund und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Berlin

TNS Infratest Sozialforschung (2011): Alterssicherung in Deutschland 2011 (ASID 2011). Forschungsbericht 431/Z des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. München

TÜV Rheinland Consulting GmbH (2014): Bericht zum Breitbandatlas Mitte 2014 im Auftrag Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Stand Mitte 2014

TÜV Rheinland Studie (2011): Wohnen im Alter. Ergebnispräsentation 04. August 2011

Universitätsmedizin Greifswald/Institut für Community Medicine (ICM), Universität Greifswald/Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät und Hochschule Neubrandenburg/Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management (2014): Alter und Gesundheit/Pflege – Der demografische Wandel in Mecklenburg-Vorpommern und die Konsequenzen für die Gesundheit, medizinische Versorgung und Pflege. Grundlagenexpertise. Und Anhang. Greifswald und Neubrandenburg (=Kommissionsdrucksache 6/33-1 Fassung 07.10.2014 und Kommissionsdrucksache 6/33-2)

Wilde, M. (2014): Mobilität und Alltag. Einblicke in die Mobilitätspraxis älterer Menschen auf dem Land. Studien zur Mobilitäts- und Verkehrsforschung, Bd. 25, Wiesbaden

Wilkins, C.: Weiterbildung mit dem Bildungsscheck NRW. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) 2008/1, S. 23f. Bielefeld

G.1 Von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebene Grundlagenexpertisen

Dehne, P.; Hiller, H. und Hollang, R. (2013): Wohnen im Alter. Grundlagenexpertise Teil A, Auswirkungen der demografischen, siedlungs- und infrastrukturellen Veränderungen. Endbericht, Hochschule Neubrandenburg, Neubrandenburg (= Kommissionsdrucksache 6/25)

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (2015): Bildung und Arbeit im Alter. Schwerpunktbereich Bildung. Grundlagenexpertise Abschlussbericht. Bonn (= Kommissionsdrucksache 6/52)

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (2015): Bildung und Arbeit im Alter. Schwerpunktbereich Arbeit. Grundlagenexpertise Abschlussbericht. Bonn (= Kommissionsdrucksache 6/51neu)

Deutsches Institut für Stadt und Raum und DSK Deutsche Stadt und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (2015): Daseinsvorsorge/Infrastruktur. Grundlagenexpertise Endbericht, Wiesbaden (= Kommissionsdrucksache 6/55)

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) und plan:mobil, Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung (2015): Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Grundlagenexpertise Abschlussbericht, Berlin (= Kommissionsdrucksache 6/36)

HGC GesundheitsConsult GmbH (2015): Alter und Gesundheit/Pflege (Teil1). Grundlagenexpertise. Und Appendix: Status quo der Versorgungssituation in MV. Düsseldorf (= Kommissionsdrucksache 6/35 (neu))

HGC GesundheitsConsult GmbH (2015): Alter und Gesundheit/Pflege (Teil2). Pflege und Prävention. Grundlagenexpertise. Düsseldorf (= Kommissionsdrucksache 6/38 (neu))

Kremer-Preiß, U.; Mehnert, T. und Stolarz, H. (2013): Wohnen im Alter. Bedarfslagen Älterer und Bedingungen für ein selbstständiges Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Grundlageexpertise, Teil B, Bewertung der aktuellen Strukturen und Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen. KDA, Köln (= Kommissionsdrucksache 6/24neu)

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH und Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) (2015): Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe. Grundlagenexpertise, Berlin (=Kommissionsdrucksache 6/53neu)

Tivig, T.; Korb, C.; Neuhaus, J.; Sondermann, F.; Antje, O. und Holm, H. (Hg.) (2012): Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute. Universität Rostock, Department AGIS (=Kommissionsdrucksache 6/7neu)

Universitätsmedizin Greifswald/Institut für Community Medicine (ICM), Universität Greifswald/Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät und Hochschule Neubrandenburg/Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management (2014): Alter und Gesundheit/Pflege – Der demografische Wandel in Mecklenburg-Vorpommern und die Konsequenzen für die Gesundheit, medizinische Versorgung und Pflege.

Grundlagenexpertise. Und Anhang. Greifswald und Neubrandenburg
(=Kommissionsdrucksache 6/33-1 Fassung 07.10.2014 und Kommissionsdrucksache 6/33-2)

H Anhang

H.1 Beratungsverlauf

1. Sitzung am 13. April 2012

- Konstituierung der Kommission und allgemeine Aussprache zum Aufgabengebiet und zur Arbeitsweise

2. Sitzung am 30. Mai 2012

- Allgemeine Aussprache zum Aufgabengebiet und zur Arbeitsweise der Kommission
- Beschlussfassung zur Auftragsvergabe einer Grundlagenexpertise „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“

3. Sitzung am 24. August 2012

- Unterrichtung durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern „Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel“
Dr. Pirko Kristin Zinnow, Leiterin des Referats 120 – Politische Grundsatzfragen, Planung, Demografie der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern

4. Sitzung am 12. Oktober 2012

- Vorstellung der Grundlagenexpertise „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“
Prof. Dr. Thusnelda Tivig, Department AGIS Altern des Individuums und der Gesellschaft an der Interdisziplinären Fakultät der Universität Rostock

5. Sitzung am 16. November 2012

- Auswertung der Grundlagenexpertise „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“
- Auswertung der Übersicht der Ziele und Maßnahmen aus dem „Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel“
- Berichterstattung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern „Bevölkerungsprognosen für MV“ unter Einbeziehung der Vierten (aktualisierten) Bevölkerungsprognose
Hermann Brinkmann, Leiter des Referats 440 - Raumstruktur, Rauminformation, raumordnerische Belange der Daseinsvorsorge und Demografie des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

6. Sitzung am 30. November 2012

- Berichterstattung des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“
Dr. Edith Nolte, Referat 500 - Wohnungswesen und soziale Wohnraumförderung, Beteiligungen, Bauwirtschaft
- Beschlussfassung zur Erstellung einer Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter“

7. Sitzung am 18. Januar 2013

- Berichterstattung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern „Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2012“ mit dem Schwerpunkt Demografischer Wandel
Andreas Timm, Regierungssprecher der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern

8. Sitzung am 15. März 2013

- Berichterstattung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“, Teil A: Pflege
Frank Mecklenburg, Leiter des Referats 430 - Belange pflegebedürftiger Menschen
- Beschlussfassung zur Expertenanhörung „Einkommens- und Vermögenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern“

9. Sitzung am 12. April 2013

- Berichterstattung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“, Teil B: Gesundheit
Dr. Sybille Scriba, Leiterin Abteilung 3 – Gesundheit und Arbeitsschutz und Heinz Wagner, Referent
- Beratung zum Thema „Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern“
- Beschlussfassung zur Expertenanhörung zum Themenfeld „Wohnen im Alter“

10. Sitzung am 19. April 2013

- Berichterstattung des Finanzministeriums zum Thema „Mittelfristige Finanzplanung mit besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen im Hinblick auf „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
Peter Bäumer, Staatssekretär
- Beschlussfassung zur Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“
- Beschlussfassung zur Repräsentativbefragung „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

11. Sitzung am 7. Juni 2013

- Anhörung zum Thema „Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern“
Prof. Dr. Joachim Ragnitz, Ifo Institut
Dr. Markus M. Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW)
Dr. Klaus Kortmann, TNS Infratest Sozialforschung
Brigitte Loose, Deutsche Rentenversicherung (DRV)
Dr. habil. pol. Hanna Haupt, sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
Brigitte Paetow, Landessenorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

12. Sitzung am 14. Juni 2013

- Vorstellung der ersten Ergebnisse aus der Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, Teil A
Professor Dr. Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg
- Beratung zum Thema „Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern“

13. Sitzung am 30. August 2013

- Vorstellung der Repräsentativbefragung zu „Bedarflagen Älterer und Bedingungen für ein selbstständiges Leben im Alter“
Ursula Kremer-Preiß, Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)/TNS Emnid
- Bericht zum Themenfeld „Wohnen im Alter“, unter anderem „Neue Dorfmitte“ und Raumkategorien im Landesentwicklungsprogramm 2015
Hermann Brinkmann, Leiter des Referats 440 – Raumstruktur, Rauminformation, raumordnerische Belange der Daseinsvorsorge und Demografie des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

14. Sitzung am 27. September 2013

- Berichterstattung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
Dr. Reinhard Wulfhorst, Leiter des Referats 200 - Verkehrspolitik
Katrin Appel, Leiterin des Referats 220 - Eisenbahn und Öffentlicher Personennahverkehr

- Vorstellung des Gesamtkonzepts der BioCon Valley GmbH/Kuratorium für Gesundheitswirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern „Lebensmodell ländlicher Raum – Gesund altern im Land der Generationen“
Kerstin Hintze, Projektmanagement
Friedrich Wilhelm Bluschke, Strategiegruppe III
15. Sitzung am 25. Oktober 2013
- Vorstellung der Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, Teil B
Ursula Kremer-Preiß, Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)
 - Beschlussfassung zur Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
16. Sitzung am 8. November 2013
- Berichterstattung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz zum Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
Dr. Jürgen Buchwald, stellv. Staatssekretär
17. Sitzung am 29. November 2013
- Anhörung zum Themenfeld „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“
Prof. Dr. Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg, Fachgebiet Bau- und Planungsrecht
Dipl.-Ing. agr. Andrea Birgit Soboth, IfR Institut für Regionalmanagement GbR, Projektbüro Hessen
Dr. Andrea Töllner und Katrin Hodler, Niedersachsenbüro „Neues Wohnen im Alter“, Hannover
Dipl.-Ökonom Matthias Günther, Vorstand ISP Eduard Pestel Institut für Systemforschung e. V.
André Huysmann, Geschäftsführer APEX Mecklenburg-Vorpommern
Frank Benischke, Geschäftsführer Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH
Jörg Overschmidt, Quartiersmanager Stadtteilbüro Schmarl, Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH
Doris Hildebrandt, Vorsitzende Deutscher Mieterbund, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
18. Sitzung am 24. Januar 2014
- Vorträge zum Thema „Ländlicher Raum in Mecklenburg-Vorpommern“
Dr. Reiner Klingholz, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Professor Udo Onnen-Weber, Hochschule Wismar
19. Sitzung am 7. März 2014
- Anhörung zum Thema „Projekte und Strategien im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“
Prof. Dr. Peter Dehne und Johann Kaether, Hochschule Neubrandenburg
Tanja Blankenburg, Regionaler Planungsverband Westmecklenburg
20. Sitzung am 28. März 2014
- Beschlussfassung Erster Zwischenbericht
21. Sitzung am 4. April 2014
- Berichterstattung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Themenfeld „Bildung und Arbeit im Alter“
Sebastian Schröder, Staatssekretär, und Birte Hallmann, Referentin
Ines Schmidt, Direktorin des Volkshochschulverbandes Mecklenburg-Vorpommern

22. Sitzung am 9. Mai 2014

- Besichtigung und Erläuterung der Ausstellung des Technologiezentrums Greifswald: „Ambient-Assisted-Living“-Systeme
Dr. Wolfgang Blank, Geschäftsführer Biotechnikum und Technologiezentrum Vorpommern
Jenny Kempka, Projektleiterin Technologiezentrum Vorpommern
André Huysmann, Geschäftsführer APEX-MV
Horst Ungelenk, Vertreter Seniorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte
- „Gesichertes Leben im Alter“ – Vorstellung von Aktivitäten und Vorhaben des Landkreises Vorpommern-Greifswald
Dirk Scheer, Beigeordneter und Dezernent im Landkreis Vorpommern-Greifswald

23. Sitzung am 20. Juni 2014

- Bericht des Chefs der Staatskanzlei Dr. Christian Frenzel „Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern“
- Bericht der Herbert Quandt-Stiftung „Engagement und Teilhabe im Alter“
Dr. Christof Eichert, Gf. Vorstand
- Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, RefL Lutz Scherling, „Regionale Schrumpfung gestalten“

24. Sitzung am 27. Juni 2014

- Impulsbeiträge zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
Prof. Dr. Georg Rudinger, Geschäftsführer des Zentrums für Alternskulturen (ZAK), Bonn
Bauass. Dipl.-Ing. Juliane Krause, plan & rat – Büro für kommunale Planung und Beratung, Braunschweig
Dipl.-Geogr. Frank Hunsicker, Fachgebietsleiter "Mobilität im Wandel", InnoZ – Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH, Berlin
Helmut Bode, Vorsitzender des Fahrlehrerverbandes M-V e. V.

25. Sitzung am 12. September 2014

- Vorstellung der ersten Ergebnisse aus der Grundlagenexpertise des Deutschen Institutes für Urbanistik (Difu) gGmbH/plan:mobil zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
Dr. phil. Jürgen Gies und Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Berlin, Bereich Mobilität und Infrastruktur
Dr.-Ing. Timo Barwisch, Planungsbüro plan:mobil, Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung, Kassel

26. Sitzung am 10. Oktober 2014

- Bericht der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales zum Themenfeld „Bildung und Arbeit im Alter“
Birgit Hesse, Ministerin, und Dr. Antje Draheim, Abteilungsleiterin
- Vorstellung der Ergebnisse der gemeinsam erstellten Grundlagenexpertise der Universitätsmedizin Greifswald, der Universität Greifswald und der Hochschule Neubrandenburg zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“
Prof. Dr. Roman F. Oppermann, Hochschule Neubrandenburg
Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann und PD Dr. Neeltje van den Berg, Universitätsmedizin Greifswald

27. Sitzung am 7. November 2014

- Vorstellung des Modellprojektes „Dorfkümmerer“, Brandenburg, Frau Anna-Dorothea Werner
Anna-Dorothea Werner, Social Impact gGmbH
- Bericht der Demografiebeauftragten der Stadt Bielefeld, Frau Susanne Tatje

- Beschlussfassung über die Vergabe einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Bildung und Arbeit im Alter“

28. Sitzung am 28. November 2014

- Bericht durch den Chef der Staatskanzlei Dr. Christian Frenzel „Stand der Vorbereitung der Ehrenamtsstiftung“
- Bericht des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung und Anhörung der Kreise und kreisfreien Städte zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes
Petra Schmidt-Kaden, Stv. Abteilungsleiterin und Referatsleiterin für Grundsatzangelegenheiten der Raumordnung, Belange der Regionalplanung, europäische Raumordnung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung
Ralf Drescher, Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen
Rolf Christiansen, Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim
Burkhard Preißler, Abteilungsleiter Kreisentwicklung, Landkreis Vorpommern-Greifswald
Dr. Wolfgang Kraatz, 1. Stv. des Landrates des Landkreises Rostock
Klaus Wagner, SB Kreisplanung, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

29. Sitzung am 5. Dezember 2014

- Vorstellung der Ergebnisse der Grundlagenexpertise des Deutschen Institutes für Urbanistik (Difu) gGmbH/plan:mobil zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
Dr. phil. Jürgen Gies und Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Berlin, Bereich Mobilität und Infrastruktur
Dr.-Ing. Timo Barwisch und Dipl.-Geogr. Frank Büsch, Planungsbüro plan:mobil, Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung, Kassel
- Beschlussfassung über eine weitere Anhörung zum Themenfeld „Mobilität im Alter“

30. Sitzung am 16. Januar 2015

- Vorstellung erster Ergebnisse der Grundlagenexpertise der HGC GesundheitsConsult GmbH zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“
Dr. Christoph Bischoff-Everding, Geschäftsführer, und Dr. Tristan Gloede
- Beschlussfassung über die Vergabe einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe“

31. Sitzung am 23. Januar 2015

- Anhörung zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
Dipl.-Ing. Christoph Gipp, Bereichsleiter Mobilität, IGES Institut GmbH, Berlin
RA Dr. Hubertus Baumeister, BBG und Partner, Partnerschaftsgesellschaft mbB, Bremen
Wieland Brohm, ETC Transport Consultants GmbH, Berlin
Dr. Bernd Schuster, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden
Christoph von Kaufmann, Leiter des Regionalen Planungsverbandes Mecklenburgische Seenplatte, Neubrandenburg
Stephan Lösel, Geschäftsführer NAHBUS Grevesmühlener Busbetriebe GmbH, Grevesmühlen
Marco Thiele, Leiter Angebotsplanung, rebus Regionalbus Rostock GmbH, Güstrow
Andreas Helms, Geschäftsführer Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim mbH, Hagenow
Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel, Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte, Sarow
Hans Schommer, Bürgermeister der Gemeinde Hohenbollentin

32. Sitzung am 27. Februar 2015

- Vorstellung der Ergebnisse der Grundlagenexpertise der HGC GesundheitsConsult GmbH zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“

- Dr. Christoph Bischoff-Everding, Geschäftsführer, und Dr. Tristan Gloede
- Beschlussfassung über eine Anhörung zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“
33. Sitzung am 6. März 2015
- Bericht der Körber-Stiftung zum Themenfeld „Bildung und Arbeit“
Karin Haist, Leiterin des Bereiches „Gesellschaft“ der Körber-Stiftung, Hamburg
 - Bericht der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfekontaktstellen Mecklenburg-Vorpommern e. V. „Gesundheitliche Selbsthilfestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“
Sabine Klemm, Vorsitzende
Anke Landgraf, KISS-Leitung Stralsund
34. Sitzung am 27. März 2015
- Anhörung zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“
Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften
Dr. med. Thorsten Wygold, Ärztlicher Vorstand, Universitätsmedizin Greifswald
Henning Kutzbach, Barmer GEK, Schwerin
Dr. Reinhard Wosniak, Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern
Prof. Dr. rer. biol. hum. Hans-Joachim Goetze, Hochschule Neubrandenburg, Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management: Pflegewissenschaft
Dr. med. Andreas Crusius, Präsident der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, Rostock
Friedrich Eydam, BIGS – Bildungsinstitut für Gesundheits- und Sozialberufe gGmbH, Stralsund
35. Sitzung am 10. April 2015
- Anhörung zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“
Helmut Hildebrandt, Vorstand der OptiMedis AG, Hamburg
Dr. Anke-Britt Möhr, Geschäftsführerin Stationäre Versorgung/Sonstige Leistungserbringer der AOK Nordost
Dr. Martin Albrecht, Geschäftsführer Gesundheitspolitik am IGES Institut GmbH, Berlin
Bernhard Faller, Quaestio – Forschung & Beratung, Bonn
Dr. Falko Milski, Landesvorsitzender des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V., Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, Ribnitz-Damgarten
Sven Wolfram, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V., Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Dr. Georg Engel, Präsident der Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Wolfgang Loos, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Telemedizin e. V. und Telemedizin in Mecklenburg-Vorpommern
36. Sitzung am 29. Mai 2015
- Bericht von Christa Beermann, Demografiebeauftragte des Ennepe-Ruhr-Kreises, zum Thema „Vereinbarkeit Angehörigenpflege und Beruf“
 - Bericht von Prof. Dr. Heidrun Herzberg und Kathrin Bernateck, Hochschule Neubrandenburg, über erste Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Innovative Versorgungsmodelle in Woldegk und Mirow“
 - Beschlussfassung über die Vergabe einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“
37. Sitzung am 19. Juni 2015
- Bericht des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes

- Lothar Säwert, Abteilungsleiter Abteilung 4 - Landesentwicklung
- Bericht des nicht parlamentarischen Kommissionsmitglieds Dr. Wolfgang Weiß „Alternde Gesellschaft und lebenslanges Lernen“
38. Sitzung am 26. Juni 2015
- Bericht des Staatssekretärs David Langner, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz „Deutschlands erstes Demografieministerium – Wie Rheinland-Pfalz den Wandel gestaltet“
 - Beschlussfassung über Handlungsempfehlungen zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
39. Sitzung am 18. September 2015
- Vorstellung der Ergebnisse Grundlagenexpertise des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung e.V., Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen zum Themenfeld „Bildung im Alter“
Prof. Dr. Klaus Schömann, Carolin Knauber und Ingrid Ambos
 - Beschlussfassung über eine Anhörung zum Themenfeld „Bildung im Alter“
40. Sitzung am 9. Oktober 2015
- Vorstellung der Grundlagenexpertise des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung e.V., Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen zum Thema „Arbeit im Alter“
Prof. Dr. Klaus Schömann und Dr. Christoph Hilbert
 - Beschlussfassung über eine Anhörung zum Thema „Arbeit im Alter“
41. Sitzung am 6. November 2015
- Anhörung zum Thema „Bildung im Alter“
Landesring M-V des Deutschen Seniorenringes e. V., Helga Bomplitz
Bildungslandschaft Vorpommern-Greifswald, Landkreis Vorpommern-Greifswald, Bildung und Schulentwicklungsplanung, Karin Peter
Bernostiftung, Katholische Stiftung für Schule und Erziehung in Mecklenburg und Schleswig-Holstein, Thomas Weßler
 - Vorstellung einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“
Dr. Christine von Blanckenburg, nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung
Silke Marzluff, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE)
 - Beschlussfassung über eine Anhörung zum Thema „Arbeit im Alter“
 - Beschlussfassung über eine Anhörung zum Themenfeld „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“
42. Sitzung am 13. November 2015
- Anhörung zum Thema „Arbeit im Alter“
Dr. Volker Kotte, IAB Nord – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Lothar Wilken, Vereinigung der Unternehmerverbände M-V
Christian Münch, SIHK zu Hagen – Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen
 - Information durch den Ministerpräsidenten Erwin Sellering und den Geschäftsführer der Stiftung Jan Holze „Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern“
43. Sitzung am 11. Dezember 2015
- Anhörung zum Themenfeld „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“
Barbara Wetzels, Allerhand e.V., Qualitz
Dr. Christof Eichert, Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung, Bad Homburg

Jan Holze, Geschäftsführer, Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Wolf Schmidt, Denkwerkstatt Bürger.Innen.Land MV

- Vorstellung der Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“

Christopher Toben, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, und Prof. Dr. Rainer Winkel, Wiesbaden

- Beschlussfassung über eine Anhörung zum Themenfeld „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“
- Beschlussfassung zum Zweiten Zwischenbericht inklusive Handlungsempfehlungen zu den Themenfeldern „Mobilität im Alter“ und „Alter und Gesundheit/Pflege“

H.2 Liste der Kommissionsdrucksachen

Drucksache Nr.	Inhalt
6/1	Fragenkatalog/Fragestellungen zur Lebenssituation Äterer zu TOP 1 der 2. Sitzung am 30. Mai 2012
6/2	Fragenkatalog/Fragestellungen zur Lebenssituation Äterer zu TOP 1 der 2. Sitzung am 30. Mai 2012
6/3	Fragenkatalog/Fragestellungen zu TOP 1 der 2. Sitzung am 30. Mai 2012
6/4	„Jedes Alter zählt“ – Die Demografiestrategie der Bundesregierung
6/5	Stellungnahme des Landessenorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V. im Rahmen der Ressortanhörung zum Entwurf des Strategieberichts der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern vom 10. Januar 2011 zu TOP 1 der 3. Sitzung am 24. August 2012
6/6	Diskussionspapier der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e. V. für Zielbestimmung und Arbeitsweise der Arbeit der Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern „Äter werden in MV“ zu TOP 2 der 3. Sitzung am 24. August 2012
6/7	Grundlagenpapier „Lebenssituation Äterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“ Department AGIS „Altern des Individuums und der Gesellschaft“ der Universität Rostock
6/7(neu)	überarbeitetes Grundlagenpapier „Lebenssituation Äterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“ Department AGIS „Altern des Individuums und der Gesellschaft“ der Universität Rostock
6/8	Übersicht der Ziele und Maßnahmen des Strategieberichts der IMAG Demografischer Wandel
6/8(neu)	Übersicht der Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen des Strategieberichts der IMAG Demografischer Wandel
6/9	Schreiben der Obleute der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6/9(neu)	Schreiben der Obleute der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6/10	Schreiben des Parlamentarischen Geschäftsführers der NPD-Fraktion Verfahrensvorschläge zur Arbeit der Enquete-Kommission „Äter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
6/11	Entwurf einer Beschlussvorlage zum Gutachterauftrag Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“
6/12	Termine u. Themen der Enquete-Kommission für 2012 und 2013
6/12(neu)	Termine u. Themen der Enquete-Kommission für 2013
6/13	Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa – Wohnen im Alter in Europa – Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen
6/14	Aktualisierte 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2030, Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2012
6/15	Stellungnahme des Landessenorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern

	e. V. zur Grundlagenexpertise „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“ (zu TOP 1 der 7. Sitzung am 18. Januar 2013)
6/16	Stellungnahme des Sozialverbandes VdK Mecklenburg-Vorpommern e. V. zur Grundlagenexpertise „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“
6/17	Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 22. März 2013: Bericht zum Thema „Wohnen im Alter“ (zur Kommissionssitzung vom 30. November 2012)
6/18	Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 4. April 2013, hier: Aktivitäten des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus im Bereich Gesundheitswirtschaft
6/19	„Gesundes Alter(n) in Mecklenburg-Vorpommern“ – Expertise „Wohnen im Alter“, BioCon Valley GmbH
6/20	Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern vom 21. Mai 2013, hier: Aktivitäten des Ministeriums
6/21	Gegenstände der zum Themenfeld „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ vergebenen Aufträge (vgl. 8. Sitzung vom 15. März 2013, TOP 2)
6/22	Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, Teil A: Auswirkungen der demografischen, siedlungs- und infrastrukturellen Veränderungen, Vorabzug Endbericht, Hochschule Neubrandenburg
6/23	Endbericht „Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden“, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH 2015
6/24	Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, Teil B: Bewertung der aktuellen Strukturen und Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen, Endbericht, Kuratorium Deutsche Altershilfe Köln
6/25	Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, Teil A: Auswirkungen der demografischen, siedlungs- und infrastrukturellen Veränderungen, Endbericht, Hochschule Neubrandenburg
6/26	Beschlussvorlage für die Beauftragung einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Mobilität im Alter“
6/27	EU-Subsidiaritätsfrühwarnsystem, hier: Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Beteiligung der Union an dem von mehreren Mitgliedsstaaten gemeinsam durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Aktives und unterstütztes Leben“
6/28	Stellungnahme der WOBAU Wohnungsbau GmbH Parchim „Wohnen im Alter in Parchim“ – Spezifische Wohnsituation bei der WOBAU Wohnungsbau GmbH Parchim
6/29	Beratung zum Wohnen im Alter und bei Behinderung mit Unterstützung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – Empfehlungen – sowie Auswertung der Dokumentation der Wohnberatung – Juni 2010 bis Mai 2011 –, NIEDERSACHSEN-BÜRO NEUES WOHNEN IM ALTER

6/30	Entwurf des Vorsitzenden Jörg Heydorn für einen Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ - Lebenssituation Älterer - Wohnen im Alter
6/31	Sondervotum der Fraktion DIE LINKE, Sondervotum der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sondervotum der Fraktion der NPD zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ - Lebenssituation Älterer - Wohnen im Alter
6/32	Gegenstände der zum Themenfeld „Alter und Gesundheit/Pflege“ vergebenen Aufträge
6/33-1 Fassung 07.10.2014	Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ der Universität Greifswald, der Universitätsmedizin Greifswald, der Hochschule Neubrandenburg – Fassung 07. Oktober 2014
6/33-2	Anhang zur Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ der Universität Greifswald, der Universitätsmedizin Greifswald, der Hochschule Neubrandenburg
6/34	Beschlussvorlage für die Beauftragung einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Bildung und Arbeit im Alter“
6/34(neu)	Beschlossene Fassung der Beschlussvorlage für die Beauftragung einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Bildung und Arbeit im Alter“
6/35	Entwurf der Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ (Teil 1) sowie Appendix: Status quo der Versorgungssituation in MV der HGC GesundheitsConsult GmbH
6/35(neu)	Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ (Teil 1) sowie Appendix: Status quo der Versorgungssituation in MV der HGC GesundheitsConsult GmbH
6/36	Abschlussbericht Grundlagenexpertise „Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) und plan:mobil, Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung
6/37	Beschlussvorlage für die Beauftragung einer Grundlagenexpertise zum Themenfeld „Bürgerschaftliches Engagement/Gesellschaftliche Teilhabe“
6/038	Entwurf der Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ (Teil 2): Pflege und Prävention der HGC GesundheitsConsult GmbH
6/038(neu)	Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ (Teil 2): Pflege und Prävention der HGC GesundheitsConsult GmbH
6/039	Dokumentation zum Fachkolloquium „Handlungsansätze für strukturschwache Ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern“ des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung
6/040	Stellungnahme der Volkssolidarität Uecker-Randow e. V. zur Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ (Teil 1) sowie Appendix: Status quo der Versorgungssituation in MV der HGC GesundheitsConsult GmbH, hier: K Drs. 6/35(neu)
6/041	Stellungnahme der Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V. zum Entwurf der Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ (Teil 1) sowie Appendix: Status quo der

	Versorgungssituation in MV der HGC GesundheitsConsult GmbH, hier: K Drs. 6/35
6/042	Netzwerk „Soziales neu gestalten“ (SONG): „Wer pflegt, wenn alle in Rente gehen?“, Alexander Künzel, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung, Sprecher Netzwerk SONG
6/043	Projektbausteine künftiger ambulanter geriatrischer Versorgung aus Sicht der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern, Vortrag: Dr. Reinhard Wosniak
6/044	Stellungnahme des Landessenorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V. zur Fahreignung von Pkw-Fahrern/-innen im Alter ab 65 Jahren im Straßenverkehr sowie Master-Forschungsprojekt der Hochschule Neubrandenburg, Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management
6/045	Telemedizinische Versorgungskonzepte in der regionalen Versorgung ländlicher Gebiete, Institut für Community Medicine, Abt. Versorgungsepidemiologie & Community Health, Universitätsmedizin Greifswald, und Institut für Psychologie, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
6/046	Entwurf des Vorsitzenden Jörg Heydorn: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“: „Mobilität im Alter“ (Berichtsentwurf ohne Handlungsempfehlungen und Sondervoten)
6/047	Entwurf des Vorsitzenden Jörg Heydorn: Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zu „Mobilität im Alter“
6/048	Sondervotum der Fraktion der NPD zu den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Mobilität im Alter“
6/049	Stellungnahme des Landessportbundes M-V e. V. zu den Themen „Gesundheitsförderung und -prävention“, „Sturzprävention“ und „Mobilität“
6/050	Grundlagenexpertise „Bildung und Arbeit im Alter“, Schwerpunktbereich Bildung, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V.
6/051	Grundlagenexpertise „Bildung und Arbeit im Alter“, Schwerpunktbereich Arbeit, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V.
6/051(neu)	Grundlagenexpertise „Bildung und Arbeit im Alter“, Schwerpunktbereich Arbeit, Abschlussbericht, 6. November 2015, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V.
6/052	Grundlagenexpertise „Bildung und Arbeit im Alter“, Schwerpunktbereich Bildung, Abschlussbericht, 14. Oktober 2015, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V.
6/053	Grundlagenexpertise „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH sowie Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE)
6/053(neu)	Grundlagenexpertise „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH sowie Zentrum für

	zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE)
6/054	Entwurf des Vorsitzenden Jörg Heydorn, Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ - Mobilität im Alter - Alter und Gesundheit/Pflege
6/055	Grundlagenexpertise „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft sowie Herr Prof. Dr. Rainer Winkel, Wiesbaden

H.3 Liste ausgewählter Plenarprotokolle

Nr. der Sitzung	Protokoll vom
6/8	Protokoll der 8. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 1. Februar 2012
6/11	Protokoll der 11. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 6. März 2012
6/68	Protokoll der 68. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 14. Mai 2015
6/80	Protokoll der 80. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 12. November 2015
6/81	Protokoll der 81. Landtagssitzung in der 6. Wahlperiode am 13. November 2015

H.4 Liste ausgewählter Landtagsdrucksachen

Drucksache Nr.	Inhalt
5/4126	Unterrichtung durch die Landesregierung: Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg- Vorpommern
6/251	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Einsetzung einer Enquete- Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
6/286	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU -Drucksache 6/251- Einsetzung einer Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg- Vorpommern“
6/1423	Unterrichtung durch die Landesregierung: Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, Landtag Mecklenburg-Vorpommern
6/1820	Kleine Anfrage der Abgeordneten Silke Gajek, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Demenzstrategie der Landesregierung und Antwort der Landesregierung
6/1998	Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2018 einschließlich Investitionsplanung
6/2203	Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2013
6/2581	Kleine Anfrage der Abgeordneten Karen Stramm, Fraktion DIE LINKE: Lage der Rentnerinnen und Rentner in Mecklenburg-Vorpommern und Antwort der Landesregierung
6/2929	Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
6/3187	Kleine Anfrage der Abgeordneten Silke Gajek, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Projektförderung MitMachZentralen der Landesregierung und Antwort der Landesregierung
6/3418	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2013 (Teil 1)
6/3420	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Zukunft des Schienenpersonenfernverkehrs sicherstellen
6/3432	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s im Land sicherstellen - Strategie für den Breitbandausbau erarbeiten
6/3455	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/3432 - Flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s im Land sicherstellen - Strategie für den Breitbandausbau erarbeiten
6/3489	Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Breitbandversorgung in Mecklenburg- Vorpommern und Antwort der Landesregierung
6/5108	Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

H.5 Liste ausgewählter Bundestagsdrucksachen

Drucksache Nr.	Inhalt
15/5015	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht 2005
17/3815	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft und Stellungnahme der Bundesregierung (Sechster Altenbericht) 2010
17/7699	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes (Demografiebericht) 2011, Bundesministerium des Inneren (BMI)
17/11741	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2012 (Alterssicherungsbericht 2012), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
17/12650	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland - Vierter Armuts- und Reichtumsbericht 2013, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
18/107	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013, Bundesministerium des Inneren (BMI)